



16 | 2005

58. Jg., 33.–35. KW, 30. August 2005

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Alexander Schaub

- Nachtrag: Wie sieht die Zukunft Europas aus?

Forschungsergebnisse

Norbert Berthold und Holger Fricke

- Die Bundesländer im Standortwettbewerb

Horst Entorf und Hannes Spengler

- Ökonometrie der Kriminalität

Daten und Prognosen

Gernot Nerb und Anna Stangl

- Weltwirtschaftsklima hat sich stabilisiert

Im Blickpunkt

Hans G. Russ

- ifo Konjunkturtest August 2005

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Nachtrag: Wie sieht die Zukunft Europas aus?

3

Ergänzend zu dem im ifo Schnelldienst 15/2005 diskutierten Thema »Wie sieht die Zukunft Europas aus?« zieht Dr. *Alexander Schaub*, Europäische Kommission, eine Bilanz der Erfolge des Europäischen Binnenmarktes und gibt einen Ausblick über seine Zukunft: »Es gibt viele Gründe, optimistisch zu sein. Europa hat seine Stärken. Schon vor der Erweiterung war der Europäische Binnenmarkt der größte in der Welt. Heute bietet er noch mehr Potential. Er ist untermauert von einer einheitlichen Währung, die eine vertiefte Integration – zumindest für die Euro-Staaten – erleichtert.«

Forschungsergebnisse

Welche Bundesländer sind im Standortwettbewerb erfolgreich? – Eine solide Haushaltspolitik zahlt sich aus

7

Norbert Berthold und Holger Fricke

Die Bundesländer können zu einem beachtlichen Teil selbst beeinflussen, wie dynamisch sich Wirtschaft und Beschäftigung in den jeweiligen Regionen entwickeln, wie stabil die Sicherheitslage ist. Im Wettbewerb um mobile Produktionsfaktoren, um qualifizierte Arbeitskräfte und Investitionen sind die Länder unterschiedlich erfolgreich. Prof. Dr. *Norbert Berthold* und *Holger Fricke*, Universität Würzburg, dokumentieren dies in einer aktuellen Studie, deren Ergebnisse sie hier zusammenfassen. Die Entwicklung der Bundesländer wird anhand der drei Bereiche »Beschäftigung«, »Einkommen« und »Sicherheit« untersucht und in einen Erfolgsindex übertragen, der ausdrückt, wie attraktiv die Länder im Standortwettbewerb sind. Anschließend untersuchen die Autoren, welche Faktoren für den jeweiligen Erfolg oder Misserfolg verantwortlich sind. Welche Länder in der Bewertung gut abschneiden, hängt nicht zuletzt vom finanziellen Handlungsspielraum ab. Die Studie belegt den großen Einfluss einer soliden Haushaltspolitik, von der die Länder profitieren.

Ökonometrie der Kriminalität

13

Horst Entorf und Hannes Spengler

Gemäß der klassischen ökonomischen Theorie der Kriminalität sollte ein Anstieg der *erwarteten* Strafe (also des Produktes aus Strafwahrscheinlichkeit und Strafmaß) eine Reduktion der Kriminalität bewirken. In der empirischen Analyse gestaltet sich ein Test dieser Hypothese als äußerst komplex. »Kriminalität« gliedert sich in eine Vielzahl von Deliktgruppen und die Operationalisierung von »Strafwahrscheinlichkeit« durchläuft im rechtsstaatlichen System die Handlungen und Entscheidungen der Institutionen »Polizei«, »Staatsanwaltschaft« und »Gericht« und variiert in den Zahlen zu Aufklärungs-, Anklage- und Verurteilungsquoten sowie in Entscheidungen über Geld-, Haft- und Bewährungs- oder Jugendstrafen. Üblicherweise wird in der empirischen Kriminalitätsforschung nur einen Bruchteil dieser Zusammenhänge gleichzeitig berücksichtigt. Prof. Dr. *Horst Entorf*, TU Darmstadt, und *Hannes Spengler*, DIW, Berlin, und TU Darmstadt, erstellten eine umfassende, mit Bundesländerdaten des Zeitraums 1977–2001 der Polizeilichen Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistik aufgebaute Datenbank. In diesem

Beitrag werden die Daten und ihre Nutzbarkeit anhand deskriptiver Beschreibungen und einer panelökonometrischen Untersuchung der Wirkung des deutschen Strafverfolgungssystems auf das Aufkommen an Kriminalität in den sechs wichtigsten Deliktgruppen vorgestellt. Die Ergebnisse liefern deutliche Anzeichen für die Wirksamkeit von Abschreckung und somit eine empirische Bestätigung der ökonomischen Theorie der Kriminalität.

Daten und Prognosen

Weltwirtschaftsklima hat sich stabilisiert – Ergebnisse des 89. World Economic Survey (WES) Juli 2005

26

Gernot Nerb und Anna Stangl

Das ifo Weltwirtschaftsklima stabilisierte sich im Juli auf dem Niveau der April-Erhebung, nachdem der Indikator zuvor fünfmal hintereinander gesunken war. Während sich die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage weiter verschlechterten, wurden die Erwartungen für die nächsten sechs Monate günstiger. Damit verstärkt sich der Eindruck, dass die seit Mitte 2004 eingetretene Verlangsamung im weltwirtschaftlichen Wachstum nur eine vorübergehende Störung war und nicht der Beginn eines weltweiten Konjunkturabschwungs. Im Laufe des zweiten Halbjahres 2005 ist nach den WES-Ergebnissen eine erneute Belebung der Weltwirtschaft zu erwarten. Trotz der sprunghaft gestiegenen Ölpreise wird im Welt-durchschnitt nicht mit einer weiter zunehmenden Inflation gerechnet. Für das Jahr 2005 gehen die Umfrageteilnehmer von einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,9% aus. Das wäre exakt dieselbe Inflationsrate wie 2004. Nach einer Aufwertungstendenz in den letzten Monaten gilt der US-Dollar kaum noch als unterbewertet. Auf der anderen Seite werden, nach der eingetretenen Verbilligung des Euro und des britischen Pfunds, diese Währungen nur noch als leicht überbewertet beurteilt.

Im Blickpunkt

ifo Konjunkturtest August 2005 in Kürze

34

Hans G. Russ

Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands ist im August etwas gesunken, der Indikator liegt aber immer noch über den Werten der Monate März bis Juni. Ausschlaggebend für die Eintrübung des Klimas war die ungünstigere Beurteilung der aktuellen Situation, während sich die Erwartungen erneut verbesserten. Die Industrieunternehmen bewerteten auch ihre Exportchancen etwas optimistischer. Insgesamt deuten die neuesten Ergebnisse des ifo Konjunkturtests auf eine konjunkturelle Belebung in den nächsten Monaten hin, wenngleich ein selbsttragender Aufschwung noch nicht in Sicht ist. In den neuen Bundesländern hat sich das Geschäftsklima etwas deutlicher eingetrübt als im Bundesdurchschnitt.

Der Europäische Binnenmarkt – Bestandsaufnahme und Ausblick

Die Lissabon-Strategie

Fünf Jahre sind vergangen, seit der Europäische Rat sein strategisches Ziel für dieses Jahrzehnt formulierte: Bis 2010 solle Europa der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt werden, mit nachhaltigem Wirtschaftswachstum, mehr und besseren Arbeitsplätzen und verbessertem sozialem Zusammenhalt.

Das Lissabon-Paket von 2000 bestand aus 28 Haupt- und 120 untergeordneten Zielen; dabei wurden insgesamt 117 verschiedene Indikatoren definiert. Das Berichterstattungssystem führte dazu, dass von den Mitgliedstaaten jährlich insgesamt 300 Berichte abgefasst werden mussten, die im Grunde kaum jemand liest. Die wachsende Unsicherheit über die wirtschaftliche Lage Europas hat das Vertrauen in diese Strategie nicht gefördert.

Wo steht Europa heute im Licht der Lissabon-Ziele?

Die bisherigen Resultate sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum bleibt mit 2% deutlich unter den in der Lissabon-Agenda anvisierten 3%. Selbst wenn die schwache wirtschaftliche Entwicklung zum Teil die zyklische Abwärtsbewegung weltweit und in Europa widerspiegelt, so muss auch die zögerliche Umsetzung der Strukturreformen als ein Grund genannt werden.

Die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in der EU stagnieren nahezu. Wenn sich der derzeitige Trend fortsetzt, werden diese Investitionen im Jahr 2010 bei 2,2% des BIP liegen, also deutlich unter dem vereinbarten Ziel von 3%. Desgleichen gibt der Rückgang der Arbeitsproduktivität in den EU-15-Staaten Anlass zur Sorge. Dies liegt zum Teil an geringeren Investitionen in die Verbesserung der Kapitalausstattung, vor allem aber an einer deutlichen Verlangsamung des tech-

nologischen Fortschritts (gemessen als Wachstumsrate der totalen Faktorproduktivität). Alles in allem ergibt dies, dass das Produktionswachstum in Europa bereits seit Mitte der neunziger Jahre unter dem der USA liegt.

Gründe für den ausbleibenden Erfolg der Lissabon-Strategie

Der Bericht der so genannten Kok-Gruppe vom November 2004 nennt im Wesentlichen zwei Gründe für den geringen Erfolg der Lissabon-Strategie: Zum einen war die Agenda der Lissabon-Strategie zu umfangreich, es gab widersprüchliche Prioritäten, und die Koordination unter den Mitgliedstaaten war gering. Zum anderen wurden die Reformen in den Mitgliedstaaten nicht in ausreichendem Maße umgesetzt, die Ziele wurden nicht mit dem notwendigen Engagement seitens der Regierungen verfolgt.

Angesichts dieser ernüchternden Halbzeitbilanz stellt sich die Frage, ob es noch sinnvoll ist, die Lissabon-Strategie weiter zu verfolgen? Auch wenn aufgrund der unzulänglichen Erreichung der Ziele nun Unzufriedenheit herrscht, braucht Europa auch künftig eine koordinierende Strategie für strukturelle Reformen. Aufgrund struktureller Schwächen und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit ist das europäische Wirtschaftswachstum zu gering, und die Schaffung neuer Arbeitsplätze fällt schwer.

Europa vor großen Herausforderungen

Dabei sind Strukturreformen überragend wichtig angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Europa steht: Insbesondere zwei Gründe erfordern ein schnelles Handeln: Unsere Bevölkerungszahl wächst sehr langsam, während wir gleichzeitig ein stetiges Altern der Bevölkerung beobachten. Beides führt dazu, dass die Zahl der Menschen in erwerbsfähigem Alter abnimmt. Nach Schätzungen der EU-Kommission würde alleine da-



Alexander Schaub*

* Dr. Alexander Schaub ist seit September 2002 Generaldirektor »Binnenmarkt und Dienstleistungen« bei der Europäischen Kommission, für die er seit über 30 Jahren tätig ist, und arbeitet unter der politischen Verantwortung von Kommissar Charlie McCreevy.

durch das potentielle Wirtschaftswachstum von heute 2 bis 2^{1/4}% auf etwa 1^{1/4}% fast halbiert, wenn weitere Struktur-reformen nicht in Angriff genommen werden. Berücksichtigt man zudem, dass im gleichen Zeitraum die altersbezogenen Kosten deutlich ansteigen werden, dann ist dies ein zusätzlicher Grund zur Sorge.

Zum anderen muss Europa auf die immer rascher voranschreitende Globalisierung reagieren. Zwar bietet diese den europäischen Unternehmen verstärkt Chancen, bedeutet aber gleichzeitig auch, dass sie sich dem wachsenden internationalen Konkurrenzdruck stellen müssen. Dabei stammt die Konkurrenz nicht nur aus den USA oder aus Japan, sondern in zunehmendem Maße aus den aufsteigenden Schwellenländern, vor allem China, Indien und Brasilien. Im Vergleich zu früher stehen mehr Wirtschaftsbereiche im internationalen Wettbewerb. Nicht nur arbeitsintensive Branchen, auch High-Tech-Industrien und Dienstleistungen sehen sich zunehmendem Wettbewerbsdruck ausgesetzt.

Es ist verständlich, wenn viele Bürger angesichts der voranschreitenden Globalisierung unruhig werden, einen Schutzreflex entwickeln und am liebsten nur defensiv reagieren würden. Deshalb ist es in dieser Situation Aufgabe der Politik, die Bürger davon zu überzeugen, dass wir unsere Errungenschaften – zum Beispiel im Bereich der Sozialsysteme – nur dann erhalten können, wenn wir uns den Herausforderungen stellen. Machen wir uns nichts vor: Wir können uns dem notwendigen Wandel nicht verschließen, die Welt wird sich auf jeden Fall verändern. Wir können jedoch sicherstellen, dass die Veränderungen soweit wie möglich von uns mitgestaltet werden.

Neuaustrichtung der Lissabon-Strategie im Frühjahr 2005

Im Februar 2005 hat die EU-Kommission daher eine Neuaustrichtung der Lissabon-Strategie vorgeschlagen. Dabei sollen die Anstrengungen der Europäischen Union auf drei zentrale Aufgaben konzentriert werden:

- vermehrte Investitionen in Wissen und Innovation für ein verstärktes, dauerhaftes Wachstum;
- Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte; sowie
- Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen.

Aus den vergangenen Jahren wissen wir, dass das Ausbleiben der Erfolge der Lissabon-Strategie großteils darauf zurückzuführen ist, dass geplante Initiativen nicht umgesetzt wurden. Die neu ausgerichtete Lissabon-Strategie hat daher zum Ziel, die Mitgliedstaaten und auch die europäischen Sozialpartner stärker einzubinden, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden und aktiv an der Umsetzung der Strategie mitarbeiten. Dadurch wird auch das Ziel einer kohärenten und in sich schlüssigen Strategie leichter erreicht.

Konkret bedeutet dies, dass die Europäische Kommission in einem einzigen Dokument (Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung) ihre Empfehlungen zusammenfasst. Diese beziehen sich auf die Grundzüge der Wirtschaftspolitik sowie auf die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen. Auf Basis dieser Leitlinien werden die Mitgliedstaaten dann nationale Reformprogramme entwerfen, die jeweils mit den Interessengruppen diskutiert werden. In jährlichen Berichten informieren die Mitgliedstaaten über die Fortschritte bei der Umsetzung der Reformprogramme. Diese Berichte werden von der Kommission zusammengefasst, und der Europäische Rat wird über eine mögliche Anpassung der Leitlinien beraten.

Die positiven Auswirkungen einer Umsetzung der Ziele von Lissabon sind durch verschiedene Untersuchungen belegt. In einer aktuellen Analyse der Kommission werden einige der Vorteile aufgezeigt. Die Lissabon-Reformen könnten, wenn sie vollständig umgesetzt sind, das Wachstumspotential um 0,75 Prozentpunkte erhöhen; dabei würden Reformen im Bereich Produktion und Arbeitsmarkt allein schon die jährliche Wachstumsrate um einen halben Prozentpunkt steigern. Weiteres Wachstum würde durch Investitionen in neues Wissen erzielt.

Die Bedeutung des europäischen Binnenmarktes

Die Lissabon-Strategie setzt vor allem auf einen gut funktionierenden europäischen Binnenmarkt. Die Öffnung nationaler Märkte und die Beseitigung von Handelshemmnissen führen zwar zu verstärktem Wettbewerb, bedeuten aber auch größere Chancen. Mehr Wettbewerb treibt die Unternehmen zu mehr Innovationsaktivitäten. Und innovative Unternehmen mit Zugang zu einem großen Binnenmarkt wachsen schneller und schaffen mehr und bessere Arbeitsplätze. Auf diese Weise werden die Unternehmen zudem in die Lage versetzt, im weltweiten Wettbewerb zu bestehen. Dies führt letztendlich zu mehr Wohlstand und besserer Lebensqualität. Der Binnenmarkt ist somit das Herzstück der Lissabon-Agenda.

Im Laufe der Jahre hat die Europäische Union einen komplexen rechtlichen Rahmen geschaffen, der weiterhin für wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz sorgt und den Sozialstandard verbessert. Das bereits bestehende Legislativprogramm für den europäischen Binnenmarkt wird kontinuierlich aktualisiert. Aber Binnenmarkt ist keineswegs gleichzusetzen mit immer mehr rechtlichen Vorschriften.

Zukunft des Binnenmarktrechts: Weniger und besser

Um die Qualität der Binnenmarktvorschriften einschneidend zu verbessern, sollen alle bestehenden Vorschriften regelmäßig überprüft und bewertet werden: Werden die

mit den Vorschriften angestrebten Ziele erreicht? Sind sie noch miteinander konsistent? Stehen die Interventionen des Gesetzgebers im richtigen Verhältnis zu den angestrebten Zielen, so dass die Belastung für Bürger und Unternehmen begrenzt bleibt? Gibt es Bereiche, in denen europäische Rechtsetzung vereinfacht werden kann? Und gibt es nicht auch Binnenmarktvorschriften, die ganz aufgehoben werden sollten?

Sollte sich bei der Bewertung herausstellen, dass bestimmte Vorschriften strengen Qualitätskriterien nicht genügen oder für den Binnenmarkt Probleme schaffen, dann muss für Abhilfe gesorgt werden. Bei Vorschlägen für neue Rechtsvorschriften wird nur noch äußerst selektiv vorgegangen. Jede neue Rechtsvorschrift wird strikt auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und nur noch dann verabschiedet, wenn sie hohen Qualitätsanforderungen im Rahmen von Folgeabschätzungen genügt. Dieser neue Ansatz ist eng mit dem Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verknüpft.

Das Potential des Binnenmarktes voll auszuschöpfen ist jedoch keineswegs nur eine Frage europäischer Entscheidungsfindung. Maßnahmen allein auf der EU-Ebene reichen natürlich nicht aus: Es bedarf auch einer geänderten Einstellung in den Mitgliedstaaten, die »europäischer« denken und handeln und ihre Verwaltungspraxis entsprechend ändern müssen. In enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten muss sichergestellt werden, dass bessere Rechtssetzungsgrundsätze in der gesamten Europäischen Union durchgängig von allen Gesetzgebern angewandt werden. Die Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten und nationale Regelungen haben oft nicht nur unmittelbare Auswirkungen für die eigenen Unternehmen und Bürger, sondern auch für die Unternehmen und Bürger in den anderen Mitgliedstaaten der Union.

Die europäischen Unternehmen würden solch eine Umorientierung nachdrücklich begrüßen: Wirtschaftsverbände machen immer wieder die Erfahrung, dass innerstaatliche Gesetze und Verwaltungspraktiken häufig gegen die Grundsätze des Binnenmarktes verstoßen. So hat eine UNICE-Befragung ergeben, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder ihre Produkte anpassen muss, um sie in mehr als einem Mitgliedstaat verkaufen zu können; fast die Hälfte der Befragten muss ihre Produkte immer noch mehrfachen Prüfverfahren unterziehen, um sie auf mehreren Märkten in den Verkehr bringen zu können. Auch Dienstleister haben mit kostenaufwändigen und häufig widersprüchlichen nationalen oder lokalen Regelungen zu kämpfen. Nicht über den nationalen Tellerrand hinauszuschauen hat schwerwiegende Folgen für die Wachstumsperspektiven der europäischen Wirtschaft. Es ist kein Zufall, dass Volkswirtschaften von Mitgliedstaaten mit einer soliden Binnenmarktintegration in aller Regel wettbewerbsfähiger und dynamischer sind. In die-

sem Zusammenhang verdienen Initiativen zur Beseitigung von Hindernissen für Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten – wie Dänemark sie auf den Weg gebracht hat – höchstes Lob. Sie sollten Modellcharakter für andere Mitgliedstaaten haben: Dänemark hat kürzlich eine Arbeitsgruppe für den Binnenmarkt eingerichtet (TIM), die nationale Vorschriften auf ihre Vereinbarkeit mit den Grundsätzen des Binnenmarktrechts prüfen soll. Positive Ergebnisse liegen bereits vor.

Umsetzung von Binnenmarktrichtlinien

Der Binnenmarkt erreicht mittlerweile ein neues Entwicklungsstadium. In vielen Bereichen, insbesondere dem Warenhandel, ist er ausgereift. Das Umsetzungsdefizit, also der durchschnittliche Prozentsatz an geltenden Binnenmarktrichtlinien, welche die einzelnen Mitgliedstaaten nicht fristgerecht umgesetzt haben, beträgt nach dem letzten Stand 1,9%. Damit wurde das zweitbeste Resultat seit vielen Jahren erzielt. Elf Mitgliedstaaten haben bereits die Vorgabe eines Umsetzungsdefizits von unter 1,5% erfüllt. Deutschland hat hier in beeindruckender Weise gezeigt, dass selbst in kurzer Frist Fortschritte erreicht werden können: Letztes Jahr noch eines der Schlusslichter, zählt es heute zur Spitzengruppe mit einem Umsetzungsdefizit von nur noch 1,4%. Leider hat parallel die Zahl der Vertragsverletzungen eher zugenommen, ein Indiz, dass die Richtlinien noch allzu oft fehlerhaft angewandt werden. Das Gesamtergebnis in diesem Bereich sollte jedoch nicht klein geredet, sondern daran gearbeitet werden, dass sich der positive Trend bei der Umsetzung von Binnenmarktrichtlinien fortsetzt.

Konsumenten profitieren von weiterer Integration der Finanzmärkte

Im Bereich der Finanzdienstleistungen müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, damit die Verbraucher in Europa tatsächlich voll von der Integration der Finanzmärkte profitieren können. Dabei steht vor allem die korrekte Umsetzung der Vorschriften im Vordergrund, die infolge des »Aktionsplans für Finanzdienstleistungen« angenommen wurden. Das politische Funktionieren des neu geschaffenen Systems muss sicherstellt werden. Zusätzliche Initiativen sollten vor allem auf dem Gebiet des grenzübergreifenden Zugangs zu Finanzdienstleistungen für Privatkunden und für die Vermögensverwaltungsbranche ergriffen werden. Der europäische Markt der Finanzdienstleistungen für Privatkunden ist nach wie vor zu stark fragmentiert. Die Kommission wird hier beispielsweise nach Mitteln und Wegen suchen, wie Bankkonten verbraucherfreundlicher gestaltet werden können. In der Folge könnten Verbraucher europaweit nach den besten Sparplänen, Hypotheken, Versicherungs- oder Pensionsprodukten suchen. Neue Rechtsvorschriften wird es jedoch nur dann geben, wenn sie einen deutlichen wirtschaftlichen Nutzen versprechen.

Integration der Beschaffungsmärkte bietet enorme Einsparmöglichkeiten

Die verstärkte Anwendung der gemeinschaftlichen Vergabevorschriften ist von größter wirtschaftlicher Bedeutung. Öffentliche Stellen, die ihre Beschaffungen auf der Grundlage dieser Vorschriften durchführten, haben ungefähr ein Drittel weniger für ihre Einkäufe bezahlt als Behörden, die die Regeln nicht angewandt haben. Italien schätzt, dass es im Jahr 2003 bei seinen Beschaffungen mit einem Gesamtwert von 23 Mrd. € bereits 3,7 Mrd. € eingespart hat. Irland rechnet damit, dass es allein im Wege der elektronischen Beschaffung in den nächsten fünf Jahren 1 Mrd. € einsparen kann. Eine weitere Öffnung der Vergabemärkte würde Handel, Produktivität und Wachstum fördern. Darüber hinaus könnte sie zur Gesundung der Staatsfinanzen beitragen: Würden die EU-15-Staaten nur 10% der jetzigen Kosten für öffentliche Aufträge einsparen, könnten sie alle allein dadurch die im Wachstums- und Stabilitätspakt festgelegte Defizitgrenze einhalten.

Nationale Behörden sind jedoch häufig versucht, inländische Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu bevorzugen. Insbesondere mangelt es weiterhin an Transparenz in den Ausschreibungen. Der Anteil der im Amtsblatt der EU veröffentlichten Ausschreibungen am Gesamtwert des öffentlichen Auftragswertes hat zwar ständig zugenommen, beträgt bisher aber lediglich 16%.

Ausblick

Es gibt viele Gründe, optimistisch zu sein. Europa hat seine Stärken. Schon vor der Erweiterung war der europäische Binnenmarkt der größte in der Welt. Heute bietet er noch mehr Potential. Er ist untermauert von einer einheitlichen Währung, die eine vertiefte Integration – zumindest für die Euro-Staaten – erleichtert. Der wachsende internationale Konkurrenzdruck treibt Unternehmen zu kontinuierlicher Innovation, die notwendig ist, wenn wir tatsächlich eine echte Wissensgesellschaft werden und auf den Weltmärkten bestehen wollen.

In vielerlei Hinsicht gereicht es uns zum Vorteil, dass sich die Quelle unseres komparativen Vorteils verlagert. Entwicklung und Verwertung von Wissen spielt heute eine dominierende Rolle bei der Schaffung von Wohlstand. Hier liegt unsere Chance. Das Niveau unserer allgemeinen Ausbildung ist hoch. Unsere Wissenschaft ist historisch gut entwickelt. Und einige Mitgliedstaaten stehen bereits in der Spitzengruppe weltweiter Ranglisten der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn wir als Partner stärker zusammenarbeiten – die Mitgliedstaaten untereinander und mit der Europäischen Kommission –, können wir die Herausforderungen glänzend bestehen.

Welche Bundesländer sind im Standortwettbewerb erfolgreich? – Eine solide Haushaltspolitik zahlt sich aus

Norbert Berthold und Holger Fricke*

Nach jedem Regierungswechsel das gleiche Prozedere, in Nordrhein-Westfalen wie zuvor in Schleswig-Holstein und davor in anderen Bundesländern: Die jeweils neu gewählte Landesregierung stellt fest, dass die Haushaltslage noch viel katastrophaler sei, als von der alten Regierung dargestellt, dass sich Haushaltslöcher auftäten, die zuvor kaschiert worden seien. Der neue nordrhein-westfälische Finanzminister Linssen wirft der alten Landesregierung vor, sie habe »systematisch ungedeckte Haushalte aufgestellt und die Landtage nicht richtig über das Zahlenwerk informiert«. Um das »finanzielle Chaos« zu beenden, müsse die Regierung Rüttgers jetzt in einem zweiten Nachtragshaushalt 2005 neben der bereits von Rot-Grün geplanten Neuverschuldung in Höhe von 5 Mrd. € noch weitere 2 weitere Mrd. € an Krediten aufnehmen, um Altlasten aufzufangen. Bis zu einem ausgeglichenen Haushalt werde es noch Jahre dauern.

Ob die erste Bestandsaufnahme tatsächlich neue Löcher offenbart oder ob in der Regierungsverantwortung einige Versprechungen aus Oppositionszeiten miteinander kollidieren, sei dahingestellt. Neu gewählte Regierungen wie die in Nordrhein-Westfalen stehen ebenso wie Landesregierungen, die mit Einnahmeausfällen zu kämpfen haben, vor der Frage, wie Haushaltslöcher zu füllen sind: Mit zusätzlichen Krediten oder durch stärkere Konsolidierungsbemühungen, als ursprünglich geplant. Wulff und Wowerit können ein Lied davon singen, dass der Weg über verstärkte Konsolidierungsbemühungen der steinigere ist, und weitere Ministerpräsidenten mögen in den Chor mit einstimmen. Ist dieser Weg dafür wenigstens der bessere, der zielführendere, der erfolgversprechendere? Die Studie *Die Bundesländer im Standortwettbewerb*, deren Ergebnisse hier kurz zusammengefasst werden, kann hier einige Fingerzeige geben, die Haushaltspolitik erweist sich als wichtiger Erfolgsfaktor.

Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005

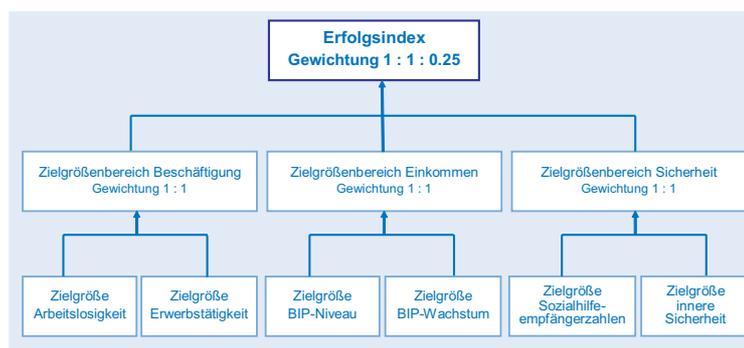
Die Bundesländer können zu einem beachtlichen Teil selbst beeinflussen, wie dynamisch sich Wirtschaft und Beschäftigung in den jeweiligen Regionen entwickeln, wie stabil die Sicherheitslage ist. Im Wettbewerb um mobile Produktionsfaktoren, um qualifizierte Arbeitskräfte und Investitionen sind die Länder unterschiedlich erfolgreich. Dies dokumentiert die aktuelle Studie *Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005*, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung entstand und an die Vorgängerstudien der Jahre 2001 und 2003 anknüpft (vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005).

Wie sich die einzelnen Länder entwickeln, wird anhand der drei Bereiche »Beschäftigung« (Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit), »Einkommen« (mit den beiden Zielgrößen Bruttoinlandsprodukt und Wirt-

schaftswachstum) sowie »Sicherheit« (Sozialhilfeempfängeranteil für die soziale Sicherheit und Zahl der nicht aufgeklärten Straftaten für die innere Sicherheit) untersucht (vgl. Abbildung). Wanderungsbewegungen und Umfrageerhebungen legen nahe, die drei Bereiche mit 1:1:0,25 zu gewichten (vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005, 21–27; Berthold, Fricke und Kullas 2005b, 11).

Erfolg und politische Aktivitäten der Länder werden in einem zweistufigen Verfahren beurteilt (vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005, 21–24):

Erfolgsindex, Zusammensetzung



* Prof. Dr. Norbert Berthold ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik an der Universität Würzburg, Holger Fricke ist an diesem Lehrstuhl wissenschaftlicher Mitarbeiter.

- Zunächst wird ein Erfolgsindex ermittelt, der ausdrückt, wie attraktiv und erfolgreich die einzelnen Bundesländer im Standortwettbewerb sind. Hierfür werden die drei Bereiche (»Beschäftigung«, »Einkommen«, »Sicherheit«) mit ihren jeweils zwei Zielgrößen zum umfassenden Erfolgsindex aggregiert.
- Anschließend wird anhand des Aktivitätsindex untersucht, welche Faktoren für den jeweiligen Erfolg oder Misserfolg verantwortlich sind, inwieweit ein Land durch politische Bemühungen zum eigenen Erfolg beiträgt. Dazu erfolgt eine Panel-Schätzung für sämtliche Bundesländer und Jahre seit der Wiedervereinigung. Dabei werden für jede der sechs Zielgrößen die signifikanten Einflussfaktoren ermittelt. Spiegelbildlich zum Erfolgsindex werden dann die Aktivitätsniveaus für die sechs Zielgrößen zu drei Aktivitätsbereichen und diese wiederum zum umfassenden Aktivitätsindex aggregiert.

In der aktuellen Studie steht der Zeitraum 2002–2004 im Mittelpunkt. Er liegt dem Erfolgsindex zugrunde. Der Aktivitätsindex, der Faktoren abbildet, die teilweise erst nach einer gewissen Zeit ihre volle Wirkung entfalten, bezieht sich auf den Zeitraum 2001–2003.

Erfolgsindex

Im Erfolgsindex bilden die Länder Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen das Spitzenquartett (vgl.

Tab. 1; vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005, 25–41 sowie Berthold, Fricke und Kullas 2005b, 12–14 zum unterschiedlichen Erfolg der Bundesländer im Erfolgsindex und bei den einzelnen Zielgrößen). Bremen, vormals Fünfter, fällt ins Mittelfeld zurück. Hamburg kann sich noch einmal knapp an der Spitze behaupten. Die überragende Wirtschaftskraft und eine hohe Erwerbstätigenquote sichern der Hafenstadt noch einmal den Spitzenplatz. Bayern konnte den Abstand zur Hansestadt jedoch halbieren und liegt nun fast gleichauf. Der Freistaat präsentiert sich bei allen sechs Zielgrößen stark. Der Bereich »Sicherheit« ist eine bayerische Domäne. Neben Bayern konnte sich auch Hessen besser als die beiden übrigen Bundesländer des Spitzenquartetts entwickeln. Das Land konnte fast zum Dritten, Baden-Württemberg, aufschließen. Hessen wirft dabei die höchste Wirtschaftskraft aller Flächenländer in die Waagschale, Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote.

Die übrigen westdeutschen Bundesländer bilden das Mittelfeld des Bundesländervergleichs. Rheinland-Pfalz und das Saarland im Südwesten der Republik entwickeln sich stark und knüpfen damit an die positive Entwicklung an, die bereits im Ranking 2003 zu beobachten war. Rheinland-Pfalz profitiert davon, dass es erstmals seit der Wiedervereinigung mit die kräftigste Wachstumsdynamik aufweist. Dadurch gelingt es, Bremen vom fünften Rang zu verdrängen. Im Saarland entwickelt sich die Beschäftigungssituation unter allen alten Bundesländern am positivsten. Auch die norddeutschen Flächenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen

Tab. 1
Erfolgsindex, Beobachtungszeiträume 2002–2004 und 1999–2001
Gewichtung der Bereiche Einkommen, Beschäftigung und Sicherheit mit 1:1:0,25

	Zeitraum 2002–2004		Veränderungen gegenüber Zeitraum 1999–2001		Zeitraum 1999–2001	
	Bundesland	Punkte	Ränge	Punkte	Bundesland	Punkte
Rang 1	Hamburg	7,64	0	– 0,45	1 Hamburg	8,09
Rang 2	Bayern	7,55	0	– 0,35	2 Bayern	7,90
Rang 3	Baden-Württemberg	7,12	0	– 0,56	3 Baden-Württemberg	7,68
Rang 4	Hessen	6,93	0	– 0,38	4 Hessen	7,31
Rang 5	Rheinland-Pfalz	6,39	2	0,37	5 Bremen	6,57
Rang 6	Bremen	6,36	– 1	– 0,21	6 Saarland	6,10
Rang 7	Saarland	6,12	– 1	0,02	7 Rheinland-Pfalz	6,02
Rang 8	Schleswig-Holstein	5,91	1	0,51	8 Nordrhein-Westfalen	5,77
Rang 9	Nordrhein-Westfalen	5,52	– 1	– 0,25	9 Schleswig-Holstein	5,40
Rang 10	Niedersachsen	5,51	0	0,16	10 Niedersachsen	5,35
Rang 11	Sachsen	4,42	0	0,57	11 Sachsen	3,85
Rang 12	Thüringen	4,21	0	0,41	12 Thüringen	3,80
Rang 13	Sachsen-Anhalt	2,92	3	0,70	13 Berlin	3,09
Rang 14	Brandenburg	2,46	1	0,02	14 Mecklenburg-Vorp.	2,61
Rang 15	Berlin	2,45	– 2	– 0,64	15 Brandenburg	2,44
Rang 16	Mecklenburg-Vorp.	2,29	– 2	– 0,32	16 Sachsen-Anhalt	2,22
	Deutschland	5,79		– 0,22	Deutschland	6,01

sen können sich verbessern. Nordrhein-Westfalen verliert stärker als alle anderen Länder im Mittelfeld. Hierdurch fällt NRW fast bis ans Ende der westdeutschen Bundesländer zurück, wo Niedersachsen seinen bisherigen negativen Trend umkehren konnte. Die unterschiedlichen Entwicklungslinien führen dazu, dass sich die Standortqualitäten der Länder im Mittelfeld deutlicher unterscheiden als zuvor.

Hoffnungsvoll stimmt, wie sich am Ende des Rankings die Standortattraktivität der ostdeutschen Länder verändert. Auch bei ihnen läuft die Entwicklung auseinander. Während Brandenburg stagniert, Mecklenburg-Vorpommern auf den letzten Platz zurückfällt und Berlin den größten Punktwertverlust aller Bundesländer zu verkraften hat, verbessern sich die drei mitteldeutschen Länder klar. Sachsen-Anhalt verzeichnet den größten Punktezuwachs, der seit der Wiedervereinigung je für ein Land ermittelt wurde. Sachsens Punktergebnis ist der zweithöchste, Thüringens der vierthöchste. Mit den drei mitteldeutschen Ländern gelingt es ostdeutschen Bundesländern erstmals, ihren Punktwert relativ zur bundesweiten Entwicklung deutlich zu steigern. Demnach kann sich auch im Osten eine gute Politik auszahlen. Entwicklungsperspektiven werden also nicht allein durch die Zugehörigkeit zur Gruppe der neuen Länder bestimmt. Weniger als zuvor erscheinen die östlichen Bundesländer als monolithischer Block am Ende des Bundesländerrankings.

Sachsen zählt zu den Wachstumsspitzenreitern, und die Erwerbstätigenquote fällt im Freistaat kaum niedriger als in den

schwächeren Westländern aus. Thüringens Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) sinkt noch einmal kräftig und ist nun niedriger als die Berlins, Bremen liegt in Reichweite. Sowohl Thüringen als auch Sachsen glänzen mit einer relativ stabilen Sicherheitslage. Sachsen-Anhalt findet Anschluss an die bundesdeutsche Wachstumsdynamik. Die Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) des Landes sinkt stärker als irgendwo sonst, die Erwerbstätigenquote Sachsens-Anhalts hat sich stabilisiert. Im Erfolgsindex liegen Sachsen und Thüringen nun deutlich näher bei den schwächeren westdeutschen Ländern als beim Schlussrio im Nordosten der Republik.

Aktivitätsindex

Während der Erfolgsindex die Standortqualitäten und Lebensverhältnisse der einzelnen Bundesländer relativ zueinander abbildet, fließen in den Aktivitätsindex diejenigen Faktoren ein, die zum jeweiligen Erfolg beitragen und als Regressoren der ökonometrischen Schätzungen das Abschneiden der Länder bei den einzelnen Zielgrößen erklären. Der Aktivitätsindex erlaubt eine Einschätzung der politischen Bemühungen der Länder, im Standortwettbewerb erfolgreicher abzuschneiden.

Spitzenreiter im Aktivitätsindex sind wie bereits zuvor die beiden Südländer Baden-Württemberg und Bayern. Rheinland-Pfalz kann seinen dritten Platz festigen (vgl. Tab. 2; vgl. Bert-

Tab. 2

**Aktivitätsindex, Beobachtungszeiträume 2001–2003 und 1999–2001
Gewichtung der Bereiche Einkommen, Beschäftigung und Sicherheit mit 1:1:0,25**

	Zeitraum 2001–2003		Veränderungen gegenüber Zeitraum 1999–2001		Zeitraum 1999–2001	
	Bundesland	Punkte	Ränge	Punkte	Bundesland	Punkte
Rang 1	Baden-Württemberg	7,33	0	0,01	1 Baden-Württemberg	7,31
Rang 2	Bayern	6,85	0	– 0,09	2 Bayern	6,94
Rang 3	Rheinland-Pfalz	6,46	0	0,07	3 Rheinland-Pfalz	6,39
Rang 4	Niedersachsen	6,06	0	– 0,09	4 Niedersachsen	6,15
Rang 5	Hessen	5,96	2	0,10	5 Nordrhein-Westfalen	5,93
Rang 6	Nordrhein-Westfalen	5,93	– 1	– 0,01	6 Schleswig-Holstein	5,88
Rang 7	Schleswig-Holstein	5,92	– 1	0,04	7 Hessen	5,85
Rang 8	Saarland	5,75	1	0,05	8 Hamburg	5,78
Rang 9	Hamburg	5,40	– 1	– 0,37	9 Saarland	5,70
Rang 10	Sachsen	5,33	0	0,15	10 Sachsen	5,18
Rang 11	Bremen	4,77	0	0,00	11 Bremen	4,77
Rang 12	Brandenburg	4,41	1	– 0,08	12 Thüringen	4,61
Rang 13	Thüringen	4,27	– 1	– 0,34	13 Brandenburg	4,48
Rang 14	Berlin	4,22	0	– 0,23	14 Berlin	4,45
Rang 15	Sachsen-Anhalt	4,07	0	– 0,22	15 Sachsen-Anhalt	4,30
Rang 16	Mecklenburg-Vorp.	3,82	0	– 0,37	16 Mecklenburg-Vorp.	4,19
	Deutschland	6,03		– 0,07	Deutschland	6,10

Tab. 3
Haushaltspolitische Bestimmungsfaktoren erfolgreicher Länderpolitik

Wirkungsfaktor	Zielgröße	Wirkungsrichtung	Gewicht in %
Schuldenstand der Länder ^{a)}	Wirtschaftswachstum	–	12,9
Zinslastquote ^{b)}	Erwerbstätigkeit	–	26,5
Zinssteuerquote ^{c)}	Arbeitslosigkeit	–	7,6
Investitionsquote ^{d)}	Wirtschaftswachstum	+	10,9
Verkehrsinfrastruktur ^{e)}	Bruttoinlandsprodukt	+	4,6
	Arbeitslosigkeit	+	0,6
	Innere Sicherheit	+	4,8
Ausgaben für Hochschulen ^{f)}	Arbeitslosigkeit	+	4,8
	Wirtschaftswachstum	+	1,1
Ausgaben für Forschung und Entwicklung ^{f)}	Bruttoinlandsprodukt	+	10,1

^{a)} In Euro pro Einwohner. – ^{b)} Prozentualer Anteil der Zinsausgaben des Landes am Landeshaushalt. – ^{c)} Zinsausgaben des Landes in Prozent der Steuereinnahmen. – ^{d)} Prozentualer Anteil der Investitionsausgaben des Landes am Landeshaushalt. – ^{e)} Kombiniertes Maß für Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Luftfahrtpassagiere, Fläche und Einwohnerzahl fließen ein. – ^{f)} In Prozent, Anteil am Landeshaushalt. – ^{g)} In Euro pro Einwohner.

hold, Fricke und Kullas 2005, 53–56 zum Abschneiden der Länder im Aktivitätsindex). Das Mittelfeld bilden die übrigen westdeutschen Flächenländer sowie Hamburg und Sachsen. Auf den hinteren Rängen befinden sich die restlichen neuen Bundesländer sowie die Stadtstaaten Bremen und Berlin. Mecklenburg-Vorpommern hält mit dem niedrigsten je im Aktivitätsindex gemessenen Punktwert die rote Laterne. Dies korrespondiert mit dem letzten Rang im Erfolgsindex.

Die gute Position von Rheinland-Pfalz im Aktivitätsindex geht mit der Aufwärtsbewegung im Erfolgsindex einher, die für das Land seit Mitte der neunziger Jahre festzustellen ist. Rheinland-Pfalz steht damit exemplarisch dafür, dass sich mit stetigen politischen Bemühungen auch Anpassungsschocks wie der Truppenabzug aus dem Land überwinden lassen. Nordrhein-Westfalen ist ebenfalls von den Folgen struktureller Veränderungen betroffen. Der schwächere Punktwert im Aktivitätsindex deutet jedoch darauf hin, dass zwischen Rhein und Weser politisch weniger konsequent als in Rheinland-Pfalz auf die Anpassungslasten reagiert wurde. Entsprechend fällt Nordrhein-Westfalen im Standortwettbewerb der Bundesländer zurück.

Sachsen demonstriert, dass auch die neuen Bundesländer die Weichen auf Erfolg stellen können: Weit vor allen übrigen ostdeutschen Bundesländern hält der Freistaat im Aktivitätsindex den Anschluss ans Mittelfeld. Dementsprechend bewegt sich Sachsen auch im Erfolgsindex auf die schwächeren westdeutschen Länder zu.

Haushaltspolitik als Erfolgsfaktor

Welche Länder im Aktivitätsindex gut abschneiden und damit konsequent auf ihren Erfolg hinarbeiten, hängt nicht zu-

letzt vom jeweiligen finanziellen Handlungsspielraum ab. Die ökonomischen Berechnungen belegen den großen Einfluss der Haushaltspolitik (vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005, 44–59 zu den Bestimmungsfaktoren erfolgreicher Länderpolitik). So beeinträchtigt ein hoher Schuldenstand das Wirtschaftswachstum. 12,9% des Erklärungsgehalts der ökonomischen Schätzung für die Zielgröße Wirtschaftswachstum entfallen auf diesen Wirkungsfaktor (vgl. Tab. 3). Entscheidend ist für Landesregierungen nicht nur, dass durch eine sparsame Haushaltsführung Verschuldung und Zinslast im Rahmen gehalten werden können, um handlungsfähig zu bleiben. Wichtig ist auch, wie die Länder den verbleibenden haushaltspolitischen Spielraum nutzen. Investitionen in die Zukunft des Landes erweisen sich in den ökonomischen Schätzungen als positiv. Mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur, gut ausgestatteten Hochschulen und einer angemessen geförderten Forschungslandschaft, von der Innovationsimpulse ausgehen, werden günstige Voraussetzungen für wirtschaftliche Aktivität und ein hohes Beschäftigungsniveau geschaffen.

Die haushaltspolitischen Parameter fallen für die einzelnen Bundesländer unterschiedlich gut aus (vgl. Tab. 4; vgl. Berthold, Fricke und Kullas 2005, 220–231). Die Haushaltspolitik der Länder ist somit eine wichtige Erklärung dafür, dass die Länder im Standortwettbewerb unterschiedlich erfolgreich sind. Innerhalb der Gruppen der westdeutschen Flächenländer, der ostdeutschen Flächenländer und der Stadtstaaten schneidet im Erfolgsindex jeweils dasjenige Bundesland am besten ab, dessen Pro-Kopf-Verschuldung die niedrigste ist.

Schuldenlast und Zinslast der Länder sind beträchtlich (vgl. Tab. 4). Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sieht den »Rand der Leistungsfähigkeit« der Bundesländer fast erreicht (vgl.

Tab. 4
Haushaltspolitische Kennzahlen, Durchschnittswerte der Jahre 2001–2003

	Schuldenstand ^{a)}	Zinslastquote ^{b)}	Investitionsquote ^{c)}	Verkehrsinfrastuktur ^{d)}	FuE-Ausgaben ^{e)}	Ausgaben für Hochschulen ^{f)}
Deutschland	4 681	7,4	12,8	3,85	230	8,2
Bayern	1 560	2,9	13,7	4,30	226	8,8
Baden-Württemberg	3 175	5,4	10,8	3,25	238	9,7
Hessen	4 106	6,9	9,0	7,68	223	9,7
Nordrhein-Westfalen	4 929	9,6	9,3	3,95	207	9,6
Niedersachsen	5 038	10,1	10,7	3,36	235	9,7
Rheinland-Pfalz	5 154	9,3	10,5	4,23	159	6,2
Saarland	6 144	11,4	10,7	3,96	204	7,5
Schleswig-Holstein	6 177	11,4	9,2	3,18	173	7,2
Sachsen	2 450	3,7	26,8	3,29	253	8,0
Mecklenburg-Vorpommern	4 992	6,5	21,2	3,24	215	6,8
Thüringen	5 094	6,8	20,7	3,08	234	6,9
Brandenburg	5 716	7,6	20,5	3,87	124	3,6
Sachsen-Anhalt	6 045	7,7	20,7	2,75	224	7,2
Hamburg	10 667	10,1	12,0	5,07	337	6,4
Berlin	12 960	10,1	11,2	3,40	444	6,2
Bremen	14 674	12,2	17,4	3,88	403	5,4

^{a)} In Euro pro Einwohner. – ^{b)} Prozentualer Anteil der Zinsausgaben des Landes am Landeshaushalt. – ^{c)} Prozentualer Anteil der Investitionsausgaben des Landes am Landeshaushalt. – ^{d)} Kombiniertes Indikatoren; Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Luftfahrtpassagiere, Fläche und Einwohnerzahl fließen ein. – ^{e)} In Euro pro Einwohner. – ^{f)} In Prozent, Anteil am Landeshaushalt.

Quelle: Jeweils Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; BMBF, Faktenbericht 2004; Berechnungen der Autoren.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2004, 544). Den Finanzministern fällt es immer schwerer, verfassungsgerechte Haushalte vorzulegen. Nach den meisten Landesverfassungen darf die Neuverschuldung die Investitionsausgaben nur im Ausnahmefall übersteigen. Die Hälfte der Länder hat es 2004 nicht geschafft, die Regelobergrenze der Neuverschuldung einzuhalten. Zu viele Schulden machten Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Im laufenden Jahr dürften sich weitere Länder zu dieser Gruppe hinzugesellen. In den kommenden Jahren werden die Landeshaushalte zusätzliche Lasten zu tragen haben. Die Pensionslasten für ehemalige Landesbeamte werden ansteigen und sich in vielen Ländern in absehbarer Zeit verdoppeln. Außerdem dürfte das Zinsniveau zukünftig eher höher liegen als momentan. Zusätzlich müssen viele Bundesländer befürchten, dass Kreditgeber angesichts der sich immer höher türmenden Schuldenberge zukünftig einen spürbaren Risikoaufschlag verlangen.

Die Haushaltskonsolidierung nur halbherzig zu betreiben und auf Entschuldungshilfen zu hoffen, wäre aus Ländersicht höchst gefährlich: Wenn sich gleich mehrere, auch größere Länder in einer Haushaltskrise befinden, ist kaum daran zu denken, diesen durch Transfers aus der Patsche zu helfen; noch dazu, da sich die Haushaltslage des Bundes in den kommenden Jahren kaum entspannen dürfte. Selbst dann, wenn einige Gebietskörperschaften über die finanziellen Ressourcen verfügten, andere zu unterstützen, wären Transfers an Haushaltsnotlagenländer aus Anreizgesichtspunkten verheerend (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2004, 544; Berthold, Fricke und Kullas 2005a, 85 f. zur Problematik von Entschuldungszahlungen). Gebietskörperschaften mit angespannter Haushaltslage würde signalisiert, dass sie mit dem Sparen nicht richtig ernst machen müssen, weil im Zweifel schon jemand für sie einspringt. Finanzstarke Länder und Bund würden zu der Einschätzung verleitet, dass es sich nicht lohnt, finanzielle Spielräume zu erarbeiten, weil diese sowieso verloren gingen, wenn man zur Entschuldung anderer beitragen muss.

Angesichts der beschriebenen Problemlagen dürfen Länder keinesfalls erwarten, im Falle eines Falles Entschuldungszahlungen zu erhalten. Somit sind sie darauf angewiesen, etwaige Haushaltsprobleme selbst in den Griff zu bekommen. Solange Landesregierungen die Einnahmenseite kaum beeinflussen können, gilt es, die Ausgaben auf das Essentielle zu konzentrieren. Die ökonomischen Berechnungen zeigen, dass Investitionen mehr Wachstum und Beschäftigung bringen. Konsumtive Ausgaben hingegen sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Konsolidierung!

Nicht nur mit Blick auf die Zukunft ist Haushaltsdisziplin anzunehmen. Auch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung profitiert von einer soliden Haushaltspolitik. Schließlich stellt es ein Investitionshindernis dar, wenn Bundesländer aus Sicht der Investoren auf eine Haushaltskrise zusteuern und Landesregierungen sich anschicken, jeden Handlungsspielraum zu verlieren. Gerade neu gewählte Landesregierungen wie die in Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein haben die Möglichkeit, mit einem klaren Einschnitt den Übergang zu nachhaltiger Haushaltspolitik deutlich sichtbar zu markieren. Auf die eingangs gestellte Frage »Kredite oder Konsolidierung?« kann die Antwort also nur lauten: Konsolidierung!

Literatur

- Berthold, N., H. Fricke, M. Kullas (2005), *Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005*, Gütersloh.
- Berthold, N., H. Fricke und M. Kullas (2005a), »Mehr institutioneller Wettbewerb in Deutschland – Wirksame Hilfe für die neuen Bundesländer«, *List Forum* 31(1), 76–103.
- Berthold, N., H. Fricke, M. Kullas (2005b), *Standortwettbewerb der Bundesländer*, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik Nr. 80, Würzburg.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004): *Erfolge im Ausland, Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/2005*, Wiesbaden.

Gemäß der klassischen ökonomischen Theorie der Kriminalität sollte ein Anstieg der erwarteten Strafe (also des Produktes aus Strafwahrscheinlichkeit und Strafmaß) eine Reduktion der Kriminalität bewirken. In der empirischen Analyse gestaltet sich ein Test dieser überschaubar anmutenden Hypothese als äußerst komplex. »Kriminalität« gliedert sich in eine Vielzahl von Deliktgruppen und die Operationalisierung von »Strafwahrscheinlichkeit« durchläuft im rechtsstaatlichen System die Handlungen und Entscheidungen der Institutionen »Polizei«, »Staatsanwaltschaft« und »Gericht« und variiert in den Zahlen zu Aufklärungs-, Anklage- und Verurteilungsquoten sowie in Entscheidungen über Geld-, Haft- und Bewährungs- oder Jugendstrafen. Üblicherweise wird in der empirischen Kriminalitätsforschung nur ein Bruchteil dieser Zusammenhänge gleichzeitig berücksichtigt. Den Autoren der Studie ist es gelungen, dieses Defizit zu überwinden und eine entsprechend umfassende, mit Bundesländerdaten des Zeitraums 1977–2001 der Polizeilichen Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistik aufgebaute Datenbank (RegKrimDA) zu erstellen. In der vorliegenden Arbeit werden die Daten und ihre Nutzbarkeit anhand deskriptiver Darstellungen und einer panelökonomischen Untersuchung der Wirkung des deutschen Strafverfolgungssystems auf das Aufkommen an Kriminalität in den sechs wichtigsten Deliktgruppen vorgestellt. Die Ergebnisse liefern deutliche Anzeichen für die Wirksamkeit von Abschreckung und somit eine empirische Bestätigung der ökonomischen Theorie der Kriminalität. Als wichtigster kriminalitätsreduzierender Faktor erweist sich die Verurteilungswahrscheinlichkeit von polizeilich ermittelten Tatverdächtigen. Eine konsequentere Verurteilung von prinzipiell anklagefähigen Tatverdächtigen, deren Ermittlungsverfahren in den letzten Jahren immer häufiger von den Staatsanwaltschaften (aus Opportunitätsgründen) eingestellt werden, könnte daher – entgegen der Auffassung weiter Teile der deutschen Kriminologie – sinnvoll sein. In einem Forschungsausblick wird aufgezeigt, wie die Datenbank unter Nutzung entsprechender Methoden und Erweiterungen im Rahmen von Kosten-Nutzen-Analysen der deutschen Kriminalpolitik eingesetzt werden könnte.

Motivation der Studie – theoretische Fundierung und empirische Evidenz

Der Ökonom und Nobelpreisträger Gary S. Becker (1968) hat mit seiner Arbeit »Crime and Punishment: An Economic Approach« einen wichtigen und provokanten Beitrag zu unserem Verständnis von Kriminalität geleistet. Demnach stellt Kriminalität ein normales soziales Phänomen dar, dessen vollständige Beseitigung durch den Staat weder möglich ist noch angestrebt werden sollte. Der Grund hierfür ist, dass Straftaten zwar einerseits erhebliche volkswirtschaftliche Kosten verursachen, die Reduktion von Kriminalität aber andererseits nicht zum Nulltarif zu haben ist, sondern nur mit dem Einsatz knapper öffentlicher Ressourcen – man denke an die Kosten von Polizei, Justiz und Strafvollzug – erreicht werden kann. Deshalb müsse es Ziel des Staates sein, das Kriminalitätsniveau durch

den gezielten Einsatz der ihm zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten, die in der Abschreckungswirkung von Strafe und Strafverfolgung bestehen, so zu wählen, dass die Kosten einer zusätz-

* Technische Universität Darmstadt.

** Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Technische Universität Darmstadt.

¹ An zahlreichen Stellen des Textes wird auf die ausführlicheren Darstellungen in zwei anderen, das gleiche Thema behandelnden Arbeiten der Autoren (Spengler 2004 und Entorf und Spengler 2005) verwiesen, die der geneigte Leser bequem und kostenfrei im Internet abrufen kann (URLs siehe Literaturverzeichnis). Für inhaltliche und methodische Hinweise bedanken wir uns bei Thiess Büttner, Sandra Schaffner und den Teilnehmern des CES Lunchtime Seminars an der Universität München – insbesondere bei Hans-Werner Sinn. Ferner haben wir von der Unterstützung durch zahlreiche wissenschaftliche Hilfskräfte an der Technischen Universität Darmstadt und am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) profitiert, wofür wir uns ebenso bedanken möchten, wie für die Bereitstellung von Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik durch Franz Rohrer und Hans Fröhlich und aus der Strafverfolgungsstatistik durch Stefan Brings und Hans-Albert Conrad. Für finanzielle Unterstützung im Rahmen des Projektes »Kosten und Nutzen von Haft und Haftvermeidung« sei der VolkswagenStiftung gedankt.

lichen Einheit Abschreckung genau dem dadurch erzielten Nutzen in Form eines verringerten Kriminalitätsaufkommens entsprechen. Oder in anderen Worten ausgedrückt: Es ist jenes Kriminalitätsniveau volkswirtschaftlich optimal, bei dem die Grenzkosten der Abschreckung ihren Grenzerträgen entsprechen.

Was in der Theorie einfach und plausibel klingt, ist in der praktischen Anwendung hochkomplex, da die Kenntnis der (volkswirtschaftlichen) Kosten von Straftaten, der Kosten von Institutionen und Maßnahmen zur Kriminalitätsreduktion und der Wirkungsmechanismen und -stärken von Strafe und Strafverfolgung vorausgesetzt wird. Einmal mehr lohnt sich hier der Blick über den Atlantik, wo die diesbezügliche Forschung am weitesten fortgeschritten ist und konkrete Kosten-Nutzen-Überlegungen zu Maßnahmen der Kriminalitätsreduktion angestellt werden (können). So errechnet Levitt (1997) unter Verwendung der Untersuchungen zu Kriminalitätskosten von Cohen (1988) und Miller, Cohen und Rossman (1993), dass ein zusätzlicher in einer US-amerikanischen Großstadt eingesetzter Polizeioffizier zu einer Kriminalitätsreduktion im Gegenwert von mindestens 200 000 US-\$ beitragen würde, sich die durch seine Einstellung induzierten Kosten aber lediglich auf 80 000 US-\$ belaufen würden. Da hier der Grenzertrag die Grenzkosten der Abschreckung übersteigt, wäre die Einstellung zusätzlicher Polizisten sinnvoll.

Für Deutschland liegen solche Studien leider nicht vor, da sich der Evaluationsgedanke in der von Juristen dominierten deutschen Kriminalitätsforschung erst in jüngster Zeit zu etablieren beginnt.² So sucht man z.B. (fast) vergeblich nach Forschungsarbeiten, welche die Kosten von Straftaten, insbesondere unter Einbeziehung der immateriellen Opferkosten (wie sie z.B. in Einbußen der Lebensqualität der Opfer von Gewaltdelikten bestehen), untersuchen. Die einzige Studie für Deutschland, die den Versuch unternimmt, auch die immateriellen Kosten der Kriminalität zu berücksichtigen, ist Spengler (2004). Er ermittelt einen volkswirtschaftlichen Schaden aus Straftaten mit tödlichem Ausgang (ohne Straftaten im Straßenverkehr) in Höhe von 4,5 bis 10,2 Mrd. € (bzw. 2,5 bis 5,7 Mrd. € ohne Fahrlässigkeitsdelikte).

Auch was die Kosten der Strafverfolgung betrifft, ist die Informationslage in Deutschland sehr bescheiden, was nicht zuletzt an der bis heute vorherrschenden Kameralistik im Bereich der öffentlichen Hand liegt. So sucht man in offiziellen Quellen vergeblich nach Angaben über die durchschnittlichen Kosten eines Polizisten, Staatsanwaltes, Rich-

ters oder gar Haftplatzes. Verfügbar sind lediglich wenig differenzierte Statistiken über die Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach Aufgabenbereichen, denen z.B. zu entnehmen ist, dass bundesweit im Jahre 2002 14 Mrd. € für Bundesgrenzschutz und Polizei, 7,2 Mrd. € für ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften und 2,3 Mrd. € für Justizvollzugsanstalten verausgabt wurden (siehe Statistisches Bundesamt 2005).

Schließlich fehlt es hierzulande an einer stringenten Untersuchung der Vielzahl staatlicher Einflussmöglichkeiten auf das Kriminalitätsaufkommen. Becker (1968) liefert hierfür das theoretische Gerüst, indem er dem gesellschaftlichen Kriminalitätsaufkommen ein individuelles, rationales Entscheidungskalkül zugrunde legt, wonach eine Person dann eine Straftat begeht, wenn der ihr daraus resultierende Nutzen jenen Nutzen übersteigt, der ihr durch die alternative (legale) Verwendung ihrer Zeit und Ressourcen entstände. Vorteile und Nachteile einer Straftat beurteilt der potentielle Straftäter anhand der Wahrscheinlichkeit, festgenommen und verurteilt zu werden, sowie angesichts der Härte einer aus der Verurteilung resultierenden Strafe. Unter der Prämisse der Zulässigkeit mikroökonomischer Fundierung aggregierten Entscheidungsverhaltens bedeutet dies, dass die gesellschaftliche Kriminalitätsrate von der durchschnittlichen Bestrafungswahrscheinlichkeit und Strafhärte abhängig ist – also von zwei Instrumenten, deren Ausgestaltung weitgehend in staatlicher Hand liegt. De facto kann und sollte der von Becker vereinfacht mit zwei Variablen beschriebene Strafverfolgungsprozess in empirischen Untersuchungen unter Ausnutzung des Wissens über die jeweiligen institutionellen Gegebenheiten detaillierter abgebildet werden. In Deutschland besteht die erste Stufe dieses Prozesses in der polizeilichen Ermittlungsarbeit, die im Erfolgsfall mit der Aufklärung, d.h. der Feststellung eines Tatverdächtigen abgeschlossen wird. Sodann muss die Staatsanwaltschaft darüber entscheiden, ob gegen den Tatverdächtigen Anklage erhoben oder das Verfahren eingestellt wird. Wird Anklage erhoben, muss sich der Tatverdächtige vor Gericht verantworten, wobei seine Aburteilung zu einem Freispruch oder einer Verurteilung führen kann. Im Falle der Verurteilung kann eine Haftstrafe mit oder ohne Bewährung oder eine Geldstrafe – im Bereich des Jugendgerichtsgesetzes auch Straf-arrest oder Erziehungsmaßregeln (jedoch keine Geldstrafe) – verhängt werden. Schließlich ist noch zu beachten, wie hoch die verhängte Strafe z.B. in Termini der Haftdauer oder Höhe der Geldstrafe ausfällt.

Im Gegensatz zum angelsächsischen Sprachraum (vgl. Cornwell und Trumbull 1994; Trumbull 1989 und Wolpin 1978; 1980) hat noch keine empirische Makrostudie für Deutschland den Versuch unternommen, die Stufen des Strafverfolgungsprozesses vollständig abzubilden. Zumeist machen die Untersuchungen sogar ausschließlich von der polizeilichen Aufklärungsquote Gebrauch (Albrecht 1980; Büttner und

² Das Thema »Evaluation« kam zum einen beim Deutschen Jugendgerichtstag 2004 zur Geltung (mit »Sparzwang und Kriminalitätsrisiko« als Thema eines Arbeitskreises), und zum anderen vor allem bei der Jahrestagung der »Neuen Kriminologischen Gesellschaft (NKG)« (der wichtigsten Vereinigung deutscher Kriminologen), deren Konferenz 2005 den Titel »Kriminologie und wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik – Entwicklungs- und Evaluationsforschung« trägt.

Spengler 2002; Entorf 1996; Entorf und Spengler 2000; 2002; Entorf und Winker 2003). Ausnahmen stellen hier nur die Studien von Curti (1999) und Pfeiffer und Gelau (2002) dar, die neben einem Maß für die Bestrafungswahrscheinlichkeit auch einen Indikator für die Strafhöhe verwenden, jedoch in anderer Hinsicht Schwächen oder eingeschränkte Aussagefähigkeit aufweisen. So basieren die Zeitreihenanalysen von Curti lediglich auf 15 Beobachtungspunkten, und Pfeiffer und Gelau untersuchen mit abweichendem Verhalten im Straßenverkehr ein Phänomen, das nicht im Bereich der klassischen Kriminalität angesiedelt ist. Auch jene Studien, die mit Individualdaten arbeiten (Dölling 1983; Karstedt 1991; Schumann, Berlitz, Guth und Kaulitzki 1987; Schumann und Kaulitzki 1991 und Vilsmeier 1990), verwenden mit der (von den Probanden subjektiv empfundenen) Bestrafungswahrscheinlichkeit und -höhe maximal zwei Strafverfolgungsindikatoren und können somit nicht als umfassende Analysen des deutschen Strafverfolgungssystems angesehen werden. Diese Lücke soll durch die in diesem Beitrag wiedergegebenen Forschungsergebnisse geschlossen werden.

Die vorliegende empirische Untersuchung beruht auf einem bisher noch nicht ausgewerteten, weil von den Autoren völlig neu aus Informationen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und Strafverfolgungssstatistik (StVStat) zusammengestellten Datensatz – der »Regionalen Kriminalitäts- und Strafverfolgungsdatenbank an der TU Darmstadt (RegKrimDA)«. Die RegKrimDA ist ein Paneldatensatz, der die alten Bundesländer für den Zeitraum von 1977–2001 umfasst und es erlaubt, delikt- und altersspezifische Kriminalitätsraten und Strafverfolgungsindikatoren zu berechnen. Insbesondere ist es möglich, den Strafverfolgungsprozess von der polizeilichen Ermittlungsarbeit bis zum richterlichen Urteilsspruch abzubilden. Eine weitere Innovation – auch im internationalen Vergleich – besteht in der getrennten Betrachtung von Erwachsenen, für die das allgemeine Strafrecht (StGB) relevant ist, und Jugendlichen, deren Aburteilung nach Jugendgerichtsgesetz (JGG) erfolgt. Für den Bereich des Erwachsenenstrafrechts stehen der Analyse dann z.B. Aufklärungs-, Verurteilungs-, Inhaftierungs-, Bewährungs- und Geldstrafenquoten sowie mit der Länge von Haftstrafen und Anzahl von Tagessätzen auch Indikatoren der Strafhöhe zur Verfügung, die gemeinsam in Beziehung zum Kriminalitätsaufkommen gesetzt werden können. Die Schätzergebnisse liefern deutliche Evidenz für die Wirksamkeit von Abschreckung und damit für die empirische Relevanz der ökonomischen Kriminalitätstheorie von Becker (1968). Allerdings gilt dies nur für die ersten beiden Stufen des Strafverfolgungsprozesses, d.h. für die Wahrscheinlichkeit, von der Polizei als Täter ermittelt (Aufklärungsquote), und für die Wahrscheinlichkeit, nach einer Ergreifung verurteilt (Verurteilungsquote) zu werden. Die Art und Höhe der Strafe haben dagegen eine untergeordnete Bedeutung für das Kriminalitätsaufkommen.

Daten und Variablen des Strafverfolgungsprozesses

Um den gesamten Strafverfolgungsprozess umfassend modellieren, operationalisieren und schließlich in Beziehung zum Kriminalitätsaufkommen setzen zu können, wird Datenmaterial aus zwei Quellen der amtlichen Statistik – der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und der Strafverfolgungsstatistik (StVStat) – herangezogen. Die Zusammenführung von Informationen aus PKS und StVStat resultiert in der »Regionalen Kriminalitäts- und Strafverfolgungsdatenbank an der TU Darmstadt (RegKrimDA)«, welche die Grundlage für die nachfolgende empirische Analyse bildet.

Datenquellen und Datenprobleme

Die PKS des Bundeskriminalamtes und der Landeskriminalämter liefert Informationen über das polizeilich registrierte Aufkommen von Straftaten, deren Aufklärung sowie die Struktur der Tatverdächtigen. Die StVStat des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Landesämter gibt Auskunft über die Aburteilungs- und Verurteilungspraxis der Gerichte in Bezug auf angeklagte Tatverdächtige. Insbesondere geht aus der StVStat die Art und Höhe der verhängten Strafen hervor. Diesbezügliche Informationen wurden für die acht »klassischen« Kriminalitätskategorien (Mord und Totschlag, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (nachfolgend vereinfacht als »Raub« bezeichnet), gefährliche und schwere Körperverletzung, schwerer Diebstahl, einfacher Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung) jeweils für die alten Bundesländer³ und den Zeitraum von 1976/77–2001 akquiriert. Als Problem erwies sich hierbei, dass die zuständigen Ämter die PKS-Daten erst ab dem Berichtsjahr 1987 und die Daten der StVStat überhaupt nicht in einem PC-Format bereitstellen konnten. Die Konsequenz bestand darin, dass sämtliche Daten der StVStat sowie die PKS-Daten der Jahre 1977–1986 unter erheblichem Zeit- und Personaleinsatz am Fachgebiet für Empirische Wirtschaftsforschung und Mikroökonomie der TU Darmstadt ausgehend von Papiertabellen in den Computer eingegeben werden mussten. Erschwerend kam dabei hinzu, dass die oben genannten Kriminalitätskategorien der Erfassungskonvention der PKS entsprechen, im Rahmen der StVStat jedoch Paragraphen des Strafgesetzbuchs das relevante Erfassungskriterium darstellen und deshalb ein PKS-Code aus durchschnittlich fünf StVStat-Codes (bzw. StGB Paragraphen) »nachgebildet« werden musste. So ergibt sich ein Gesamtvolumen der Rohversion der RegKrimDA von ca. 1,4 Mill. Einzelwerten, von denen über 90% per Hand eingegeben wurden.⁴

³ Von einer Datenakquisition für die neuen Bundesländer wurde abgesehen, da die StVStat dort zum Teil erst spät (Mecklenburg-Vorpommern (2001), Thüringen (1997)) oder überhaupt nicht (Sachsen-Anhalt) eingeführt wurde. Die Daten der PKS liegen dagegen (in brauchbarer Qualität) seit dem Berichtsjahr 1993 für alle neuen Länder vor.

⁴ Tatsächlich wurden die per Hand einzugebenden Werte zu Kontrollzwecken sogar zweimal eingetippt. So konnten durch einen Vergleich von Erst- und Zweiteingabe fehlerhafte Eingaben identifiziert und korrigiert werden.

Prinzipiell ermöglicht die *RegKrimDA* durch die Zusammenführung von PKS und StVStat die Erstellung eines umfassenden Indikatorensystems, das von der polizeilichen Ermittlungsarbeit bis zum richterlichen Urteilsspruch reicht. In der praktischen, d.h. empirischen Umsetzung dieses Vorhabens treten jedoch nicht unerhebliche Schwierigkeiten auf, die in Spengler (2004) – in Verbindung mit Lösungsansätzen – ausführlich diskutiert werden.⁵ Die Datenprobleme betreffend kann insgesamt festgehalten werden, dass diese zwar teilweise substanzial sind, sich jedoch, sofern sie nicht ohnehin durch geeignete Approximationen ausgedrückt werden können, stärker auf rein deskriptive Analysen als auf multivariate Untersuchungen auswirken sollten.

Strafverfolgungsindikatoren

Im Zuge der Modellierung des Strafverfolgungsprozesses sollte beachtet werden, dass sich das allgemeine Strafrecht und das Jugendstrafrecht hinsichtlich der vorgesehenen Sanktionsformen und Eingriffsintensitäten grundsätzlich unterscheiden. Diese Tatsache ist vor allem in der Intention des Gesetzgebers begründet, bei strafrechtlichen Entscheidungen gegen Jugendliche immer auch einen erzieherischen Gedanken zu verfolgen. So kennt das Jugendstrafrecht, dessen Grundlage das Jugendgerichtsgesetz (JGG) ist, mit den Erziehungsmaßnahmen und Zuchtmitteln

zwei häufig angewendete Maßnahmeformen, die nicht die Rechtswirkung einer Strafe besitzen, sondern im ersten Fall ausschließlich auf die Förderung der Erziehung abstellen und im zweiten Falle zusätzlich zum Erziehungsaspekt ahndenden Charakter besitzen. Des Weiteren sieht das JGG Geldstrafe nicht als Hauptstrafe vor, und auch als Nebenstrafe soll die Zahlung eines Geldbetrages nur dann angeordnet werden, wenn dem Jugendlichen daraus keine Nachteile für seine künftige Entwicklung (z.B. durch Verschuldung) entstehen. Schließlich sieht das JGG keine Haftstrafe vor, deren Dauer zehn Jahre übersteigt. Diese fundamentalen Unterschiede zwischen Jugend- und allgemeinem Strafrecht legen es nahe, die Wirkung von Strafe auf das Kriminalitätsaufkommen nicht in einem einheitlichen Modell zu analysieren. Es gilt vielmehr, getrennte Systeme von Strafverfolgungsindikatoren zu entwickeln und diese sodann im Rahmen getrennter Schätzmodelle in Beziehung zu geeigneten – d.h. altersspezifischen⁶ – Kriminalitätshäufigkeiten zu setzen. Tabelle 1 enthält einen Überblick über die in der empirischen Analyse verwendeten Indikatorensysteme nach angewendetem Strafrecht bzw. nach Altersgruppen.

Eines der Indikatorensysteme bezieht sich auf Personen, für die nur das allgemeine Strafrecht relevant ist. Dabei handelt es sich um Erwachsene ab dem 21. Lebensjahr. Für die Berechnung der Strafverfolgungsindikatoren werden jedoch nur verurteilte Erwachsene im Alter bis unter 60 Jahren berücksichtigt. Der Grund für dieses Vorgehen ist zum einen in der Einschränkung der Analysen auf Personen im »kriminalitätsaktiven« Alter⁷ und zum anderen in potentiell

⁵ Im Einzelnen bestehen diese Schwierigkeiten in der ausschließlichen Erfassung der registrierten Kriminalität in der PKS, der unterschiedlichen Erfassung von Tätern in PKS und StVStat, die innerhalb einer Periode mehrere verschiedene Straftaten begangen haben, die gleichzeitig verhandelt werden, dem Auseinanderfallen des Erhebungszeitpunktes in PKS und StVStat, der »Umdefinition« von Straftaten im Strafverfolgungsprozess, der fehlenden deliktgruppen- und regionalspezifischen Kompatibilität der Staatsanwaltschaftsstatistik (Sta-Statistik) mit PKS und StVStat, der Umstellung der Tatverdächtigenzählung in der PKS und generellen Datenqualitätsproblemen.

⁶ Altersspezifische Kriminalitätsraten sind nicht unmittelbar verfügbar, sondern müssen approximiert werden. Eine Darstellung des Prozedere kann Spengler (2004) entnommen werden.

⁷ 2003 waren nur 6,3% der Tatverdächtigen 60 Jahre oder älter. Zum Vergleich: die 21- und 22-Jährigen stellten 6,4% der Tatverdächtigen (vgl. BKA 2004).

Tab. 1
Strafverfolgungsindikatoren nach angewandtem Strafrecht bzw. Alter der Tatverdächtigen/Verurteilten

Allgemeines Strafrecht/Erwachsene (Personen im Alter von 21 bis unter 60 Jahren)
Aufklärungsquote (= aufgeklärte Fälle insgesamt/registrierte Fälle insgesamt)
Verurteilungsquote (= Verurteilte im Alter vom 21 bis unter 60 Jahren/Tatverdächtige im Alter 21–60 J.)
Inhaftierungsquote (= zu nicht ausgesetzten Haftstrafen Verurteilte im Alter 21–60 J./Verurteilte im Alter 21–60 J.)
Bewährungsquote (= zu ausgesetzten Haftstrafen Verurteilte im Alter 21–60 J./Verurteilte im Alter 21–60 J.)
Geldstrafenquote (= zu Geldstrafe (als schwerste Strafe) Verurteilte im Alter 21–60 J./Verurteilte im Alter 21–60 J.)
Ø Haftlänge von nicht ausgesetzten Haftstrafen von Verurteilten im Alter 21–60 J. (in Monaten)
Ø Anzahl von Tagessätzen bei Geldstrafe (sofern als schwerste Strafe verhängt) von Verurteilten im Alter 21–60 J.
Jugendstrafrecht/Jugendliche (Personen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren)
Aufklärungsquote (= s.o.)
Verurteilungsquote (= Verurteilte im Alter vom 14 bis unter 18 Jahren/Tatverdächtige im Alter 14–18 J.)
Inhaftierungsquote (= zu nicht ausgesetzten Haftstrafen Verurteilte im Alter 14–18 J./Verurteilte im Alter 14–18 J.)
Bewährungsquote (= zu ausgesetzten Haftstrafen Verurteilte im Alter 14–18 J./Verurteilte im Alter 14–18 J.)
Zuchtmittelquote (= zu Zuchtmitteln (als schwerste Strafe) Verurteilte im Alter 14–18 J./Verurteilte im Alter 14–18 J.)
Erziehungsmaßregelquote (zu Erziehungsmaßnahmen Verurteilte (als schwerste Strafe) / Verurteilte)
Ø Haftlänge von nicht ausgesetzten Haftstrafen von Verurteilten im Alter 14–18 J. (in Monaten)

len Verzerrungswirkungen des Zusammenwirkens der niedrigen Kriminalitätsneigung älterer Menschen und der voranschreitenden Überalterung der deutschen Gesellschaft auf die abhängigen Variablen (d.h. die Kriminalitätsraten der nachfolgenden Schätzungen) zu sehen. Das zweite System ist für Personen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren relevant. Diese werden ausschließlich nach Jugendstrafrecht abgeurteilt.

Sowohl das Indikatorensystem nach allgemeinem Strafrecht als auch jenes nach Jugendstrafrecht soll den Strafverfolgungsprozess möglichst vollständig abdecken. Dieser beginnt in der Regel im Anschluss an die Registrierung einer Straftat mit der polizeilichen Ermittlungsarbeit, die im Erfolgsfall mit der Aufklärung der Straftat endet.⁸ Der erste Indikator des Strafverfolgungssystems besteht deshalb in der *Aufklärungsquote*, welche die Zahl der aufgeklärten in Beziehung zur Zahl der registrierten Straftaten setzt. Bezüglich der Aufklärungsquote ist eine altersspezifische Unterscheidung bzw. eine differenzierte Betrachtung nach Jugend- und allgemeinem Strafrecht deshalb noch nicht möglich, weil per Definition für registrierte, aber nicht aufgeklärte Straftaten Unkenntnis darüber besteht, von wem diese verübt wurden. Es wird deshalb vereinfachend angenommen, dass die für Jugendliche und Erwachsene relevanten Aufklärungsquoten gleich hoch sind und der allgemeinen Aufklärungsquote entsprechen.

Wird eine Straftat polizeilich aufgeklärt, d.h. wird ein Tatverdächtiger/werden Tatverdächtige ermittelt, dann ist es Aufgabe der Staatsanwaltschaft, den Tatverdacht tatsächlich und rechtlich zu bewerten und die Abschlussentscheidung im Ermittlungsverfahren zu treffen. Letztere kann im Wesentlichen in einer Einstellung wegen fehlender Verurteilungswahrscheinlichkeit, in Diversion – also in Einstellung aus Opportunitätsgründen mit oder ohne Auflage – oder in einer Anklageerhebung bzw. einem Strafbefehlsantrag bestehen (Bundesministerium des Inneren und Bundesministerium der Justiz [BMA und BMJ] 2001, 344, 347). Kommt es zur Anklage oder zu einem Strafbefehlsantrag, so erfolgt die Aburteilung des Tatverdächtigen durch ein Gericht. Diese kann in einem Freispruch, einer Verfahrenseinstellung – in diesem Zusammenhang wird auch von gerichtlicher Diversion – oder in einer Verurteilung enden.⁹ Demnach ist es naheliegend, die *Verurteilungsquote* als den auf die Aufklärungsquote folgenden Indikator heranzuziehen, wobei die Operationalisierung der Verurteilungsquote aufgrund der Verfügbarkeit altersspezifischer Angaben zu Tatverdächtigen in der PKS und Verurteilten in der StVStat getrennt nach Erwachsenen und Jugendlichen erfolgen kann (vgl. Tab. 1).¹⁰

⁸ »Aufgeklärter« Fall ist die rechtswidrige (Straf-)Tat, die nach dem (kriminal-)polizeilichen Ermittlungsergebnis mindestens ein namentlich bekannter oder auf frischer Tat ergriffener Tatverdächtiger begangen hat (BKA 2004, 12).

⁹ Weitere – quantitativ unbedeutende – Entscheidungen der Gerichte sollen hier unberücksichtigt bleiben.

Auf einer nachfolgenden Ebene können die Indikatorensysteme für Erwachsene und Jugendliche mit Maßen für Straftat und Strafhöhe fortgesetzt werden. Im Erwachsenenstrafrecht kann, sofern es zu einer Verurteilung kommt, das Urteil des Richters entweder in einer nicht zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe, einer Bewährungsstrafe – also einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe – oder in einer Geldstrafe bestehen. Die zugehörigen Indikatoren sind die *Inhaftierungs-*, *Bewährungs-* und *Geldstrafenquote*. Auch das Jugendstrafrecht sieht nicht-ausgesetzte und ausgesetzte Freiheitsstrafen vor, die im Bereich des JGG jedoch als Jugendstrafen bezeichnet werden. Geldstrafe ist im JGG nicht vorgesehen, dafür existieren mit den *Zuchtmitteln*¹¹ und *Erziehungsmaßregeln*¹² zwei alternative Maßnahmenformen. Bei gegebener Bestrafungsart wird die Höhe der Strafe schließlich zum einen durch die Länge der verhängten nicht-ausgesetzten Freiheitsstrafe und zum anderen durch die Anzahl der Tagessätze¹³ gemessen. Im nachfolgenden Abschnitt werden die hier entwickelten Strafverfolgungsindikatoren (neben den anderen an der empirischen Analyse beteiligten Variablen) zunächst deskriptiv dargestellt und sodann im Rahmen multivariater Analysen in Beziehung zum Kriminalitätsaufkommen gesetzt.

Empirische Analyse

Die ökonomische Theorie der Kriminalität beruht auf einem individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül und ist deshalb eine Mi-

¹⁰ Es bestünde hinsichtlich einer getrennten Erfassung staatsanwaltschaftlicher und gerichtlicher Verfahrenserledigung auch die Möglichkeit einer sequenziellen Indikatorenbildung, bei der zunächst eine *Aburteilungsquote* (= Aburteilungen/Tatverdächtige) und sodann eine auf Aburteilungen *bedingte Verurteilungsquote* (= Verurteilungen/Aburteilungen) berechnet wird. Die mit Aburteilungs- und bedingter Verurteilungsquote erzielten Schätzergebnisse ließen es jedoch angeraten erscheinen, einer direkten Operationalisierung der Verurteilungsquote als »Verurteilungen/Tatverdächtige« den Vorzug zu geben, da in fast allen Fällen in denen sich der Koeffizient der direkt berechnete Verurteilungsquote als signifikant erwies, der Koeffizient der Aburteilungsquote ebenfalls signifikant (und betragsmäßig etwas kleiner als jener der direkten Verurteilungsquote) und der Koeffizient der bedingten Verurteilungsquote insignifikant ausfiel. Eine Erklärung für dieses Muster besteht darin, dass die Variation der bedingten Verurteilungsquote offensichtlich zu gering ist, um aussagefähige Schätzergebnisse hervorbringen zu können, da zumindest im Bereich des allgemeinen Strafrechts über sämtliche Länder und den gesamten Beobachtungszeitraum (1977–2001) hinweg konstant hohe Verurteilungsquoten in Bezug auf Aburteilungen zu beobachten sind (Spannweite: 80,1 bis 84,5%; vgl. Heinz 2004, 47). Die Schätzergebnisse mit Aburteilungs- und bedingter Verurteilungsquote sind von den Autoren auf Nachfrage erhältlich.

¹¹ Nach § 13 JGG ahndet der Richter die Straftat mit Zuchtmitteln, wenn Jugendstrafe nicht geboten ist, dem Jugendlichen aber eindringlich zum Bewusstsein gebracht werden muss, dass er für das von ihm begangene Unrecht einzustehen hat. Zuchtmittel sind 1. die Verwarnung, 2. die Erteilung von Auflagen, 3. der Jugendarrest. Zuchtmittel haben nicht die Rechtswirkungen einer Strafe. Die Straftat eines Jugendlichen wird mit Zuchtmitteln oder mit Jugendstrafe geahndet, wenn Erziehungsmaßnahmen nicht ausreichen.

¹² Nach § 9 JGG sind Erziehungsmaßregeln 1. die Erteilung von Weisungen und 2. die Anordnung, Hilfe zur Erziehung im Sinne des § 12 JGG in Anspruch zu nehmen.

¹³ Die Höhe einer Geldstrafe in Euro berechnet sich aus dem Produkt von Anzahl der Tagessätze und Höhe des Tagessatzes. Dabei korrespondiert die Anzahl der Tagessätze mit der Schwere der Straftat und die Höhe des Tagessatzes orientiert sich an den persönlichen Einkommensverhältnissen des Verurteilten.

krotheorie. Betrachtet man jedoch die empirischen Abschreckungsstudien von Ökonomen, so stellt man fest, dass die große Mehrheit der Untersuchungen mit aggregierten Daten arbeitet. Ausnahmen sind die Studien von Trumbull (1989), Viscusi (1986a; 1986b) und Witte (1980), die auf Befragungsdaten beruhen und den Zusammenhang zwischen selbstberichteter Delinquenz und individueller Einschätzung der Bestrafungswahrscheinlichkeit und Strafhöhe untersuchen. Witte (1980) erklärt die geringe Anzahl von Individualstudien damit, dass geeignete Individualdatensätze in der Regel nicht zur Verfügung stünden. Dennoch besitzen aggregierte Untersuchungen durchaus ihre Berechtigung, wenn davon ausgegangen werden kann, dass Aggregatdaten tatsächlich Schlüsse auf individuelles Verhalten zulassen. Dies ist der Fall, wenn Strafverfolgungsintensitäten und deren Variation über Raum, Zeit und Delikt von Individuen im Durchschnitt richtig wahrgenommen werden.¹⁴ Überdies sind auch Mikrostudien mit Problemen behaftet. Die Ergebnisse der Studien von Trumbull (1989) und Witte (1980) haben z.B. den Nachteil einer beschränkten Aussagekraft, da sie ausschließlich auf Daten von ehemaligen Strafgefangenen beruhen. Nicht selektierte bzw. repräsentative Befragungsstudien müssten jedoch sehr umfangreich sein, um zu gewährleisten, dass eine hinreichend große Anzahl von Straftätern in der Stichprobe enthalten ist, was wiederum hohe Projektkosten impliziert. Diese Problematik ist insbesondere im Hinblick auf vergleichsweise seltene Delikte relevant. Weitere Probleme von Befragungsstudien werden von Dölling (1990) diskutiert und bestehen u.a. in der Verlässlichkeit der Angaben, die Probanden hinsichtlich ihres eigenen Delinquenzverhaltens machen, in möglichen durch die Interviewsituation produzierten Fehleinschätzungen des Strafrisikos und etwaigen Simultanitätsbeziehungen zwischen berichteter Delinquenz und Strafeinschätzung. Diese Probleme können auch durch eine Optimierung der Befragungstechniken nicht vollständig ausgeräumt werden.

In Ermangelung von Individualdaten nutzt unsere empirische Analyse die Variation der Kriminalität und der Strafverfolgungspraxis im Zeitraum 1977–2001 in und zwischen den al-

¹⁴ Die in Entorf, Meyer und Möbert (2005) dokumentierten Auswertungen von Individualdaten des Darmstädter Projektes »Kosten und Nutzen von Haft und Haftvermeidung« zeigen, dass dies durchaus der Fall sein kann. Es wird sowohl für eine Stichprobe von Straftätern als auch für eine zufällige Bevölkerungsstichprobe nachgewiesen, dass die Probanden realitätsnahe Einschätzungen von regionalen Unterschieden (also z.B. von Bayern im Vergleich zu Schleswig-Holstein) hinsichtlich der Bestrafungswahrscheinlichkeiten und Strafhöhen besitzen.

ten Bundesländern (ohne Berlin), um die Gültigkeit der Abschreckungshypothese der ökonomischen Kriminalitätstheorie für die Bundesrepublik Deutschland zu überprüfen. Bundesländerdaten sind für dieses Vorhaben deshalb geeignet, weil das deutsche Strafverfolgungssystem im Wesentlichen auf der Ebene dieser Gebietskörperschaften verankert ist und möglicherweise auch deshalb – trotz der Existenz bundes einheitlicher Strafgesetze – die in der anschließenden deskriptiven Analyse aufzuzeigenden regionalen Besonderheiten entwickelt hat. Auf die deskriptiven Darstellungen folgt sodann eine Zusammenstellung von Schätzergebnissen, die mit multivariaten Analysemethoden erzielt wurden.

Deskriptive Analyse des Kriminalitätsaufkommens und der Strafverfolgungsintensität im langfristigen Bundesländervergleich

Eine Identifikation von Abschreckungseffekten mittels multivariater Analysemethoden ist nur dann möglich, wenn sowohl die zu erklärenden als auch die erklärenden Variablen

Abb. 1a

Schwerer Diebstahl von Erwachsenen (21 bis unter 60 Jahre) in ausgewählten Bundesländern

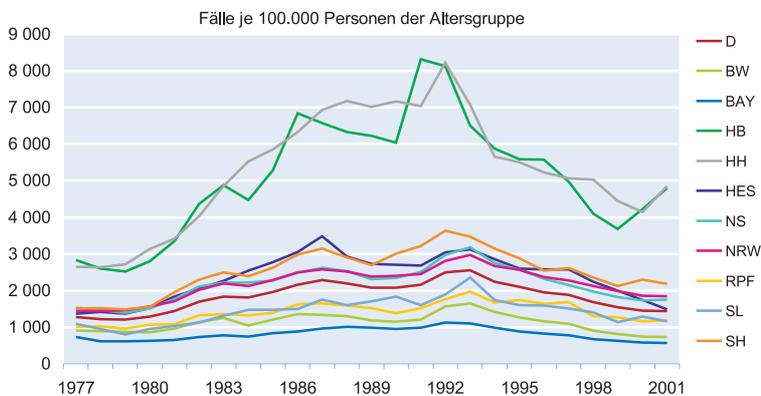
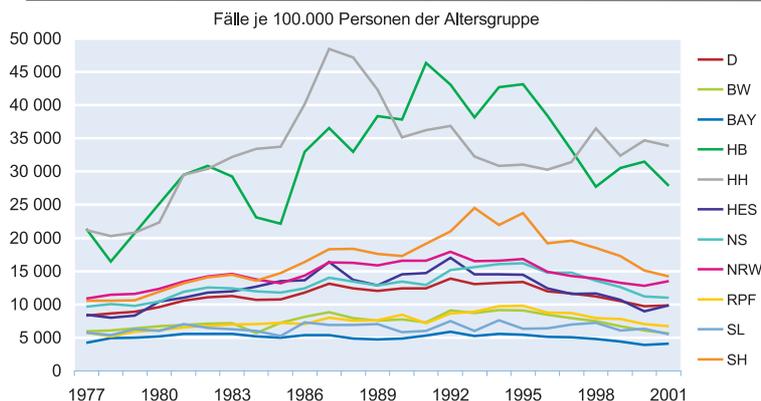


Abb. 1b

Schwerer Diebstahl von Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) in ausgewählten Bundesländern

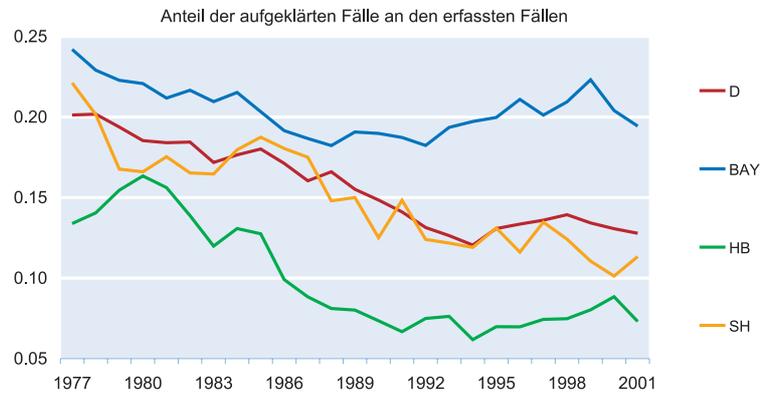


eine hinreichend starke Variation aufweisen. Ob diese Grundvoraussetzung erfüllt ist, kann den folgenden Abbildungen entnommen werden. In den Abbildungen 1a und 1b wird exemplarisch für die abhängigen Variablen die Variation des schweren Diebstahls über die Bundesländer und den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg graphisch dargestellt. Dabei beschreibt Abbildung 1a die Kriminalitätsrate von Erwachsenen und Abbildung 1b jene von Jugendlichen.

Die Abbildungen lassen weitgehend übereinstimmende zeitliche Entwicklungen erkennen – ein Ansteigen der schweren Diebstähle bis Anfang der 1990er-Jahre und danach wieder ein Absinken in Richtung des Ausgangsniveaus – und gleichen sich ebenfalls hinsichtlich der relativen Position der Bundesländer. Es lassen sich drei Gruppen von Ländern identifizieren. Eine Gruppe mit Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, die eine im Vergleich zum Bund¹⁵ unterdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung aufweist. Eine zweite Gruppe mit den übrigen Flächenstaaten (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein), die über dem Bundesdurchschnitt liegt, und schließlich die Gruppe der Stadtstaaten (Bremen, Hamburg) mit Diebstahlsraten, die um ein Vielfaches über denen der Flächenstaaten liegen. Graphiken für sieben weitere Kriminalitätskategorien können Spengler (2004, 236 f.) entnommen werden.¹⁶

Dass nicht nur das Kriminalitätsaufkommen, sondern auch die Strafverfolgung eine erhebliche Variation über die Zeit und Bundesländer hinweg aufweist, belegen die Abbildungen 2, 3a und 3b, in denen jedoch aus Gründen der Übersichtlichkeit mit Bayern, Bremen und Schleswig-Holstein (und dem Bund als Referenz) jeweils nur ein Vertreter aus den drei in Abbildungen 1a und 1b identifizierten Ländergruppen dargestellt wird. Wie im Falle der erklärenden Variablen erfolgt in den nachstehenden Abbildungen eine Konzentration auf schweren Diebstahl. Graphische Darstellungen für die anderen Deliktgruppen unter Einbeziehung

Abb. 2
Aufklärungsquote bei schwerem Diebstahl
in ausgewählten Bundesländern



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der RegKrimDA.

aller Bundesländer können Spengler (2004, 239 ff.) entnommen werden.

Während Abbildung 2 die Aufklärungsquote, die – wie oben ausgeführt – nicht für Erwachsene und Jugendliche getrennt dargestellt werden kann, wiedergibt, können die im Strafverfolgungsprozess nachgeordneten Indikatoren nach Altersgruppen unterschieden werden. In Abbildung 3a wird das Indikatorensystem für Erwachsene und in Abbildung 3b jenes für Jugendliche dargestellt. Abbildung 2 zeigt, dass Bayern im Ländervergleich – bei allgemein niedrigem Niveau – die höchste Aufklärungsquote besitzt, die auch weit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Die Quote in Schleswig-Holstein stimmt über den Beobachtungszeitraum hinweg weitgehend mit dem Bundesdurchschnitt überein, und jene in Bremen liegt stets darunter.¹⁷ Die Evidenz für schweren Diebstahl setzt sich (bei allerdings sehr unterschiedlichen Niveaus) auch für die meisten anderen Straftaten fort (vgl. Spengler 2004, 239). Bayern besitzt stets überdurchschnittliche und Bremen und Hamburg mit wenigen Ausnahmen stark unterdurchschnittliche Aufklärungsquoten. Insgesamt lässt sich eine erhebliche Spannweite der Aufklärungsquoten über die Länder hinweg feststellen, die bei Raub (mit in manchen Jahren bis zu 30 Prozentpunkten) am höchsten ausfällt. Bei einigen Straftaten zeigt die Aufklärungsquote auch deutliche Variationen über die Zeit. So ist im Falle des schweren Diebstahls und Betrugs ein kontinuierlicher Rückgang und bei Vergewaltigung seit Anfang der 1990er-Jahre ein deutlicher Anstieg (jeweils gemessen an der Bundesentwicklung der Quoten) zu verzeichnen.

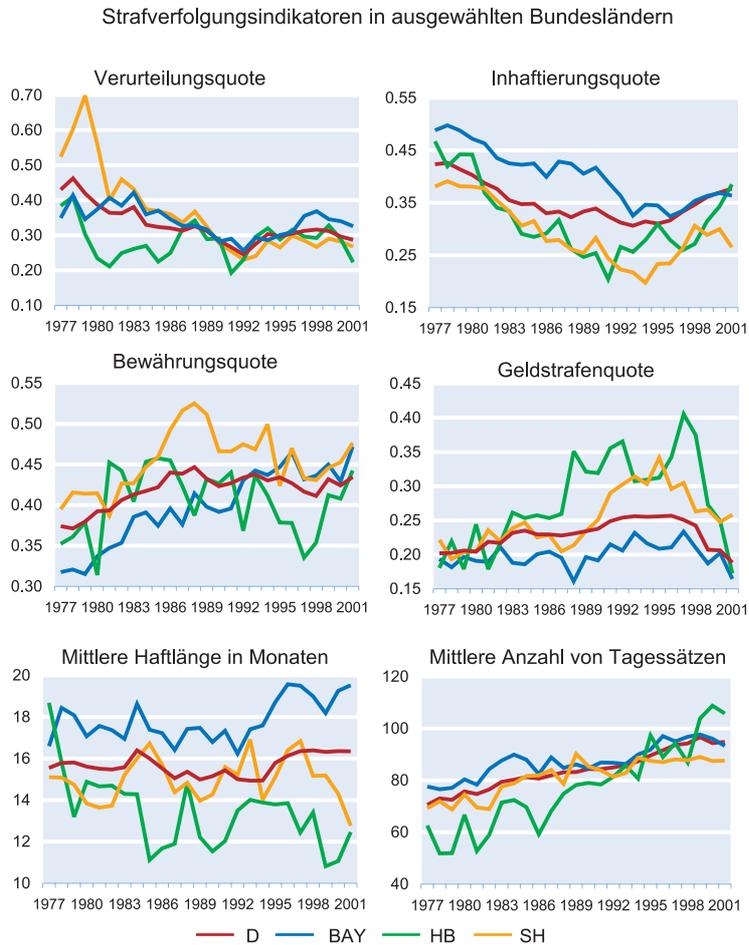
¹⁵ Alte Länder ohne Berlin.

¹⁶ Wenngleich die Anordnung der Bundesländer im Falle der übrigen Straftaten nicht so systematisch ist wie bei schwerem Diebstahl, so sind doch stets die höchsten Kriminalitätsraten in den Stadtstaaten und die niedrigsten Kriminalitätsbelastungen (mit wenigen Ausnahmen) in den süd- und südwestdeutschen Bundesländern zu beobachten. Bezüglich der zeitlichen Entwicklung ergeben sich für die einzelnen Deliktgruppen unterschiedliche Befunde. Während für die Schwerstkriminalität (Mord und Totschlag, Vergewaltigung) über den Beobachtungszeitraum ein fast konstantes Aufkommen (mit leichten Anstiegen im Bereich der Jugendlichen) vorliegt, ist bei Raub sowie schwerer und gefährlicher Körperverletzung (insbesondere von Jugendlichen) eine starke Zunahme ab Mitte der 1980er-/Anfang der 1990er-Jahre zu verzeichnen. Für einfachen Diebstahl liegt in etwa die gleiche zeitliche Entwicklung vor wie für schweren Diebstahl; Betrug und Sachbeschädigung sind für beide Altersgruppen tendenziell angestiegen.

¹⁷ Dass die Aufklärung von schweren Diebstählen in Bremen so niedrig ist (zuletzt deutlich unter 10%), muss dabei nicht zwingend in der schlechteren Leistungsfähigkeit der Bremer Polizei begründet sein, sondern kann seine Ursache auch in der erschwerten Aufklärungsarbeit im urbanen Umfeld haben.

Abb. 3a

Strafverfolgung nach allgemeinem Strafrecht bei schwerem Diebstahl



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der RegKrimDA.

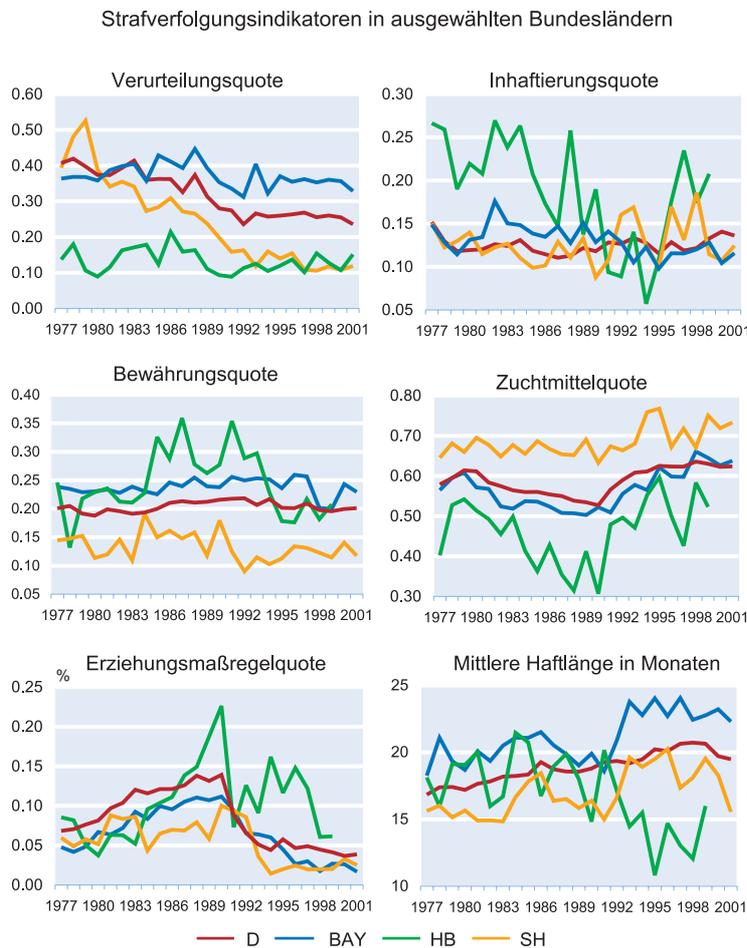
Für die Verurteilungsquote kann eine differenzierte Betrachtung nach allgemeinem Strafrecht und Jugendstrafrecht durchgeführt werden. Während für die Verurteilungsquote nach allgemeinem Strafrecht (vgl. Abb. 3a) seit 1987 kein bedeutender Unterschied mehr zwischen den drei exemplarisch betrachteten Bundesländern beobachtet werden kann, zeigt sich Bayern im Falle jugendlicher Straftäter (vgl. Abb. 3b) spätestens seit Mitte der 1980er-Jahre als eindeutig »verurteilungsfreudigstes« Bundesland. So beträgt die Differenz der Verurteilungsquoten zwischen Bayern und Schleswig-Holstein am aktuellen Rand ca. 20 Prozentpunkte. Hierin äußert sich möglicherweise eine von Bayerischen Staatsanwaltschaften und Gerichten vertretene Einschätzung, wonach man sich gemäß der Devise »wehret den Anfängen« insbesondere von einer formellen Sanktionierung junger Straftäter einen spezial- und generalpräventiven Effekt erhofft. Diese Hypothese wird auch dadurch gestützt, dass der deutliche Bundestrend in Richtung fallender Verurteilungsquoten bzw. verstärkter Diversion, der für alle Alters-

gruppen, insbesondere aber für Jugendliche, vorliegt, von Bayern nicht nachvollzogen wird. Vergleicht man den Anfang mit dem Ende des Beobachtungszeitraums, so zeigt sich in Bayern für beide Altersgruppen eine weitgehend konstante Verurteilungshäufigkeit. Für Schleswig-Holstein ergibt sich ein ganz anderes Bild. Hier kann man zu Beginn der Beobachtungsperiode hohe – sogar über Bayern angesiedelte – Verurteilungsquoten beobachten, die dann aber im Zeitverlauf stark abgesunken sind und sich inzwischen teilweise unter der traditionell niedrigen Bremer Quote bewegen. Die ausführlichen Darstellungen in Spengler (2004, 240, 246) für alle Straftaten und Bundesländer offenbaren ein ähnliches Bild wie für schweren Diebstahl im Dreiländerfall. Für Erwachsene ergibt sich über die Straftaten hinweg ein eher diffuses Bild, das keine klaren Ländermuster erkennen lässt. Eine Ausnahme stellt Baden-Württemberg dar, dessen Verurteilungsquoten sich für fast alle Deliktgruppen im oberen Bereich bewegen. Was jedoch den Bereich des Jugendstrafrechts angeht, kann ähnlich wie beim Kriminalitätsaufkommen ein gewisses Nord-Süd-Gefälle mit höheren Quoten der südlichen und südwestlichen Länder beobachtet werden.

Betrachtet man die Indikatoren der Straftat und -härte nach allgemeinem Strafrecht (vgl. Abb. 3a), so wird deutlich, dass Bayern im Vergleich zu Schleswig-Holstein über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg härtere Strafen für schweren Diebstahl verhängt

hat. Das bedeutet, dass häufiger von nicht-ausgesetzten Freiheitsstrafen und seltener von Geldstrafen Gebrauch gemacht wurde. Bei zuletzt annähernd gleicher Bewährungsquote belaufen sich diese Unterschiede auf jeweils ca. 10 Prozentpunkte. Interessant ist, dass Bremen inzwischen eine mit Bayern fast identische Verteilung der Straftaten aufweist. Dies kann jedoch im Zusammenwirken mit der niedrigen Verurteilungsquote daran liegen, dass in Bremen überwiegend unverbesserliche Straftäter mit äußerst ungünstiger Legalprognose verurteilt werden, diese dann aber auch relativ harte Strafen erhalten. Betrachtet man die Strafhärte am Beispiel der mittleren Länge der verhängten Freiheitsstrafen, dann liegt auch hier Bayern weit – zuletzt um ca. sechs Monate – über Schleswig-Holstein (und Bremen). Bei der Anzahl der Tagessätze ergibt sich allerdings kein klares Muster. Den gesamten Strafverfolgungsprozess im Bereich des allgemeinen Strafrechts betrachtend, ist jedoch festzustellen, dass Bayern ein überdurchschnittlich strenges und insbesondere im Vergleich zu Schleswig-Holstein und Bremen repressiveres Strafverfol-

Abb. 3b
Strafverfolgung nach Jugendstrafrecht bei schwerem Diebstahl



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der RegKrimDA.

gungssystem besitzt. Abbildung 3b ist zu entnehmen, dass sich diese Aussage auch auf den Bereich des Jugendstrafrechts übertragen lässt.

Als Fazit dieser deskriptiven Betrachtung kann festgehalten werden, dass Strafverfolgungsindikatoren sowohl über die Bundesländer als auch über den Beobachtungszeitraum hinweg eine beachtliche Variation aufweisen. Dass diese in einer gewissen Übereinstimmung mit den Kriminalitätshäufigkeiten steht, ist eine interessante Beobachtung, die jedoch aufgrund ihres rein deskriptiven Charakters nicht als Kausalität gewertet werden darf. Hierzu bedarf es multivariater Analysen, deren Ergebnisse wir nachfolgend darstellen.

Panelökonometrische Analyse

Im Rahmen der multivariaten Analysen werden Regressionen der Kriminalitätsrate auf sämtliche zuvor dargestellten Strafverfolgungsindikatoren und einige zusätzliche erklären-

de Variablen (reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Arbeitslosenquote und Ausländeranteil), welche die legalen und illegalen Einkommensmöglichkeiten abbilden (zur theoretischen Fundierung dieser Variablen vgl. Ehrlich 1973), durchgeführt. Es wurden getrennte Regressionen für sechs Kriminalitätskategorien, differenziert nach zwei Altersgruppen bzw. allgemeinem Strafrecht und Jugendstrafrecht, geschätzt. Die Panelstruktur des Datensatzes – es werden zehn Bundesländer über einen Zeitraum von 25 Jahren beobachtet – erlaubt es, (zeitkonstante) unbeobachtete Heterogenität der Bundesländer zu kontrollieren, die z.B. in der Grundeinstellung der Landesbevölkerung zu illegalem Handeln oder in nicht vollständig durch die genutzten Strafverfolgungsindikatoren erfassten Besonderheiten der Strafverfolgungssysteme der Länder, also insbesondere in unterschiedlichen Niveaus der Dunkelziffern, bestehen könnte. Schätztechnisch erfolgt die Kontrolle unbeobachteter Heterogenität zum einen im Rahmen eines Fixed-Effects Modells (also mit länderspezifischen Konstanten als zusätzlichen Regressoren) und zum anderen mittels eines Schätzmodells, in das sämtliche Variablen in ersten zeitlichen Differenzen einfließen. Das Fixed-Effects Modell kommt in zwei Varianten zur Anwendung. In der ersten Variante gehen die erklärenden Variablen in ihren kontemporären Ausprägungen, in der zweiten Variante mit ihren um eine Periode verzögerten Ausprägungen in die Schätzungen ein. Hinter diesem Vorgehen verbirgt sich die Unkenntnis darüber, wie

schnell Veränderungen des Strafverfolgungssystems und sonstiger Variablen von der Bevölkerung bzw. den potentiellen Straftätern wahrgenommen und damit entscheidungsrelevant werden.

Ein bedeutender Aspekt, der im Rahmen moderner ökonomischer Abschreckungsanalysen unbedingt Beachtung finden sollte, ist die potentielle Simultanität zwischen der Kriminalitätsrate und der Aufklärungsquote. Muss davon ausgegangen werden, dass nicht nur die Aufklärungsquote das Kriminalitätsaufkommen beeinflusst (diese Kausalität wird von Beckers Theorie impliziert), sondern auch ein Einfluss in umgekehrter Richtung besteht, dann führen Schätzungen, die diese Simultanität nicht berücksichtigen, zu verzerrten Ergebnissen. Es sind verschiedene Gründe für die Simultanität von Kriminalitätsaufkommen und Aufklärung denkbar. Die Höhe der Aufklärungsquote kann z.B. durch eine Überlastung der Polizei infolge eines unerwarteten Anstiegs der Kriminalität zustande kommen (»Stau-effekt«). Durch die Überlastung der Polizeikapazitäten wird

die Aufklärungsquote bei konstanter absoluter Anzahl der aufgeklärten Fälle sinken. Da gleichzeitig die Kriminalitätsrate steigt, würde im Rahmen ökonomischer Untersuchungen der negative Zusammenhang zwischen Aufklärungsquote und Kriminalitätsaufkommen überschätzt. Der Überschätzung der Abschreckungswirkung durch den Stau-effekt kann eine potentielle Unterschätzung gegenüberstehen, die bei so genannten »Kontrolldelikten« – also bei Delikten, deren Registrierung sehr häufig mit einer gleichzeitigen Aufklärung des betreffenden Falles einhergeht –, relevant ist. Beispielsweise besteht der einfache Diebstahl in Deutschland im Bundesdurchschnitt zu über einem Drittel aus Ladendiebstählen (BKA 2004). Registrierte Ladendiebstähle gehen aber in der Regel damit einher, dass ein Täter auf frischer Tat ertappt und somit der Fall sogleich aufgeklärt wird. Wenn nun *ceteris paribus* die Anzahl der registrierten Ladendiebstähle zunimmt (abnimmt), dann wächst (sinkt) die einfache Diebstahlsrate bei gleichzeitig zunehmender (abnehmender) spezifischer Aufklärungsquote. Diese positive Scheinkorrelation zwischen Kriminalitätsrate und Aufklärungsquote kann dazu führen, dass ein tatsächlich existierender Abschreckungseffekt in ökonomischen Untersuchungen nicht nur unterschätzt wird, sondern möglicherweise überhaupt nicht mehr nachweisbar ist oder sich gar ins Gegenteil verkehrt. Vor diesem Hintergrund wurde in unseren Schätzungen von einem Instrumentvariablenansatz Gebrauch gemacht, der etwaige Simultaneitätsbeziehungen zwischen Kriminalitätsrate und Aufklärungsquote aufdeckt und ggf. neutralisiert.

Es wurden insgesamt 6 (Deliktgruppen) x 2 (Altersgruppen) x 3 (Schätzmodelle) = 36 Regressionen durchgeführt, deren Ergebnisse vereinfacht in Tabelle 2 dargestellt werden (eine ausführliche Darstellung der Schätzergebnisse findet sich in Entorf und Spengler 2005). Dabei werden die sechs Deliktgruppen zu zwei übergeordneten Kategorien zusammengefasst: Mord und Totschlag, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung und schwere und gefährliche Körperverletzung sind unter »Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die körperliche Unversehrtheit« kurz »Gewaltdelikten« subsumiert, und Raub und räuberische Erpressung, schwerer Diebstahl und einfacher Diebstahl werden zu »Eigentumsdelikten« zusammengefasst.¹⁸ Die fett gedruckten Zahlen der Tabelle markieren die robusten Ergebnisse unserer Analyse, wobei das Robustheitskriterium darin besteht, dass mindestens 50% der Schätzergebnisse für einen Strafverfolgungsindikator innerhalb einer Kategorie entweder im Sinne oder entgegen der Vorhersage der Abschreckungshypothese signifikant sind. So ergaben 88% der Schätzungen für Eigentumsdelikte im Bereich des allgemeinen Strafrechtes signifikante Effekte für die Aufklärungs-

quote, die in Übereinstimmung mit der ökonomischen Kriminalitätstheorie negativ sind. Gleichzeitig wurden keine (unerwarteten) signifikant positiven Schätzkoeffizienten ermittelt. Für Jugendliche stellen sich 55% der Koeffizienten als mit der Theorie vereinbar heraus, und 11% widersprechen ihr. Während von der Aufklärungswahrscheinlichkeit im Bereich der Eigentumsdelikte (insbesondere für Erwachsene) eine bedeutende Abschreckungswirkung ausgeht, ist dies für Gewaltdelikte nicht nachzuweisen, was darin begründet sein kann, dass Gewaltdelikte – nicht zuletzt aufgrund der häufigen unmittelbaren Interaktion und/oder Bekanntschaft von Täter und Opfer – ohnehin vergleichsweise häufig aufgeklärt werden (Aufklärungsquoten in Höhe von 94% bei Mord & Totschlag, 69% bei Vergewaltigung & sexueller Nötigung und 84% bei schwerer & gefährlicher Körperverletzung stehen Quoten von 49% bei Raub, 47% bei einfachem und 16% bei schwerem Diebstahl gegenüber, vgl. Spengler 2004, 54 f.).

Im Gegensatz zur Aufklärungsquote erweist sich die Verurteilungsquote auch im Falle der Gewaltdelikte als abschreckungswirksam. Am eindeutigsten sind die Effekte mit 77% theoriekonformen Koeffizienten bei keinem Widerspruch erneut für Eigentumsdelikte im Bereich des allgemeinen Strafrechts. Für die nachgelagerten Stufen des Strafverfolgungsprozesses können indes keine robusten Abschreckungseffekte festgestellt werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass insbesondere von den ersten beiden Stufen des Strafverfolgungsprozesses eine abschreckende Wirkung auf potentielle Straftäter ausgeht, die für Eigentumsdelikte stärker als für Gewaltkriminalität und für Erwachsene stärker als für Jugendliche ausfällt. Hiermit wird zwar die vorherrschende Meinung deutscher Kriminologen, wonach Sanktionen an sich eher unwirksam und austauschbar seien, gestützt, jedoch wird die allgemein als gültig erachtete Hypothese, dass »die Abschreckungswirkungen (negative Generalprävention) von Androhung, Verhängung oder Vollzug von Strafen auf die Allgemeinheit eher gering [sind]« (BMA und BMJ 2001, 380) in dieser undifferenzierten Form verworfen.

Tabelle 2 beleuchtet lediglich Signifikanzen, nicht aber Effektivitäten. Es sind aber gerade letztere, die für Kosten-Nutzen-Analysen und damit für eine effiziente Kriminalpolitik besondere Relevanz besitzen. Legt man den mittleren Abschreckungseffekt der Modelle zugrunde, dann ergeben sich die in Tabelle 3 dargestellten Schadensreduktionen in Folge einer globalen Verschärfung der Strafverfolgung um 10 Prozentpunkte. Für diese Berechnungen wurden die sich aus den Schadensangaben des BKA (2004) ergebenden Schadenshöhen pro Fall von 470 € für einfachen und 1 400 € für schweren Diebstahl zugrunde gelegt. Für die Quantifizierung von Mord und Totschlag diente die von Spengler (2004) ermittelte Untergrenze von 2,25 Mill. € und – in Ermange-

¹⁸ Den Autoren ist bewusst, dass Raub nach strafrechtlicher Definition ein Gewaltdelikt ist. Da bei diesem Delikt jedoch die Einkommenserzielung klar im Vordergrund steht, wird es hier den Eigentumsdelikten zugerechnet.

Tab. 2
Statistische Signifikanz der Strafverfolgungsindikatoren

	Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die körperliche Unversehrtheit (Gewaltdelikte)				Raub und Diebstahl (Eigentumsdelikte)			
	Erwachsene		Jugendliche		Erwachsene		Jugendliche	
	% sign. pro	% sign. contra	% sign. pro	% sign. contra	% sign. pro	% sign. contra	% sign. pro	% sign. contra
Aufklärungsquote	33	0	33	0	88	0	55	11
Verurteilungsquote	66	0	66	11	77	0	55	0
Bewährungsquote	0	0	22	22	33	22	11	22
Geldstrafenquote	0	0	–	–	17	0	–	–
Strafarrest-Maßregelquote	–	–	33	33	–	–	44	0
Länge der Haftstrafe	11	22	0	0	33	0	11	11
Anzahl d. Tagessätze	0	0	–	–	17	0	–	–

Quelle: Eigene Berechnungen.

lung von Angaben für Deutschland – wurden für Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, schwere und gefährliche Körperverletzung und Raub die diesbezüglichen (inflationsangepassten) Angaben in Miller, Cohen und Wiersema (1996) für die USA in Höhe von 92 000, 10 000 und 8 500 € angesetzt.

Demnach wäre durch die permanente Erhöhung der untersuchten Strafverfolgungsindikatoren um 10 Prozentpunkte eine jährliche Gesamtschadensreduktion in den untersuchten Bundesländern von 850 Mill. € im Bereich der untersuchten Straftaten zu erreichen. (Zum Vergleich sei angemerkt, dass dieser Betrag etwas mehr als einem Drittel der Aus-

Tab. 3
Jährliche (angebotsseitige) Schadensreduktion durch permanente erhöhte Abschreckung^{a)} (in Mill. €)

		Mord & Totschlag	Vergewaltigung & sexuelle Nötigung	Schwere & gefährliche Körperverletzung	Raub	Schwerer Diebstahl	Einfacher Diebstahl	Summe
Erwachsene	Aufklärungsquote	22,8	22,1	0	15,0	155,2	49,4	264,5
	Verurteilungsquote	108,2	40,9	139,4	17,1	67,2	17,7	390,5
	Bewährungsquote	0	0	0	-0,2	39,9	-33,0	6,7
	Geldstrafenquote	–	–	0	–	0	8,4	8,4
	Länge der Haftstrafe	0	3,9	-9,5	0	13,9	0,6	8,9
	Anzahl d. Tagessätze	–	–	0	–	2,9	0	2,9
Jugendliche	Aufklärungsquote	4,7	0	20	21,3	23,5	31,7	101,6
	Verurteilungsquote	3,3	2,9	10,6	9,9	14,4	2,6	43,7
	Bewährungsquote	0	2,5	-10,0	-2,0	0	7,8	-1,7
	Strafarrest-Maßregelquote	–	4,8	-9,0	4,6	20,0	0	20,4
	Länge der Haftstrafe	0	0	0	1,3	-1,1	0	0,2
	Summe	139,9	77,2	141,5	66,9	336,0	106,8	867,4

^{a)} Bei Erhöhung des jeweiligen Strafverfolgungsindikators um 10%-Punkte bzw. der Verringerung der Bewährungs-, Geldstrafen- und Strafarrest-Maßregelquote um 10%-Punkte relativ zur Inhaftierungsquote.

Eigene Berechnungen auf der Grundlage der RegKrimDA sowie Fallzahlen aus BKA (2004) und Schadensangaben aus BKA (2004), Miller, Cohen und Wiersema (1996) und Spengler (2004). Die fett geruckten Ziffern weisen nicht mit der Theorie in Einklang stehende Kriminalitätszuwächse und damit Schadenserhöhungen infolge von Verschärfungen des Strafverfolgungssystems aus. Durch Rundungen kann es im Bereich der ersten Nachkommastelle zu Ungenauigkeiten kommen, die dazu führen, dass die Spalten- und Zeilensummen nicht exakt den Summen der jeweiligen Zellen entsprechen.

gaben, die jährlich in Deutschland für den Strafvollzug getätigt werden, entspricht.) Leider muss die Analyse jedoch die Antwort darauf schuldig bleiben, ob eine Intensivierung der Strafverfolgung in der diskutierten Größenordnung volkswirtschaftlich auch tatsächlich sinnvoll ist (bzw. ob das gegenwärtige Niveau der Abschreckung vielleicht sogar zu hoch ist), da keine Aussage darüber getroffen werden kann, welcher Ressourceneinsatz nötig ist, um die Aufklärungs- oder Verurteilungsquote einer spezifischen Straftat um einen bestimmten Betrag zu steigern (bzw. welche Kosteneinsparungen im Strafverfolgungssektor bei einer Absenkung des Abschreckungsniveaus erzielt werden könnten). Das größte Schadensreduktionspotential ist im Bereich des schweren Diebstahls und der schweren und gefährlichen Körperverletzung zu finden. Was den schweren Diebstahl betrifft, müsste deshalb geprüft werden, zu welchen Kosten die traditionell sehr niedrigen Aufklärungsquoten (< 15% im Bundesdurchschnitt) gesteigert werden können und inwiefern die voranschreitende Praxis der Verfahrenseinstellungen aus so genannten Opportunitätsgründen (d.h. Kostengründen) seitens der Staatsanwaltschaften vor dem Hintergrund der vorliegenden Ergebnisse tatsächlich opportun ist. Bedenken hinsichtlich zu niedriger Verurteilungswahrscheinlichkeiten treffen in noch höherem Maße auf die schwere und gefährliche Körperverletzung zu, da hier das gesamte Schadensreduktionspotenzial auf die Abschreckungswirkung dieses Strafverfolgungsindikators zurückzuführen ist.

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere von den beiden ersten Stufen des Strafverfolgungsprozesses eine abschreckende Wirkung ausgeht. So erhält man für die Aufklärungsquote in den Regressionen für Eigentumsdelikte in 14 von 18 Fällen einen negativ signifikanten Koeffizienten, der sogar in acht Fällen Signifikanz zum 1%-Niveau aufweist. Im Falle der Aufklärungsquote wurden, sofern dies entsprechende Teststatistiken anzeigten, Instrumentierungen zur Berücksichtigung von Simultanitätsbeziehungen mit der abhängigen Variablen durchgeführt. Die eindrucksvollsten Ergebnisse wurden jedoch für die Verurteilungsquote erzielt. Diese erweist sich für Gewalt- und Einkommensdelikte jeweils in 12 von 18 Spezifikationen als hochsignifikant negativ (bei nur einem unerwarteten signifikant positiven Koeffizienten). Aufgrund dieses Ergebnisses muss die verstärkt angewendete Praxis der Staatsanwaltschaften, bei Eigentumsdelikten Ermittlungsverfahren aus Opportunitätsgründen einzustellen – sprich von Diversion Gebrauch zu machen –, kritisch hinterfragt werden. Demnach wäre es – entgegen der Meinung weiter Teile der deutschen Kriminologie – nicht ausreichend, dass Tatverdächtige überhaupt in irgendeiner Form mit dem Justizsystem (d.h. mit der Staatsanwaltschaft) in Berührung kommen, damit sie selbst oder andere von zukünftigen Ta-

ten abgehalten werden. Vielmehr bedarf es für eine wirk-same Abschreckung offensichtlich einer konkreten Verurteilung des verurteilungsfähigen Tatverdächtigen. Dieses Ergebnis erscheint vor dem Hintergrund der Annahme (zu-mindest teilweise) rationaler Straftäter eigentlich gar nicht überraschend; denn die Wahrscheinlichkeit für einen Täter, der einen schweren Diebstahl begeht, erkannt und dann auch verurteilt zu werden (Aufklärungsquote x Verurteilungsquote), betrug im Jahre 2001 im Durchschnitt nur noch $(0,13 \cdot 0,29 =) 3,8\%$ – im Jahre 1977 lag diese Quote hingegen bei $(0,20 \cdot 0,43 =) 8,6\%$.

Literatur

- Albrecht, H.-J. (1980), »Die generalpräventive Effizienz von strafrechtlichen Sanktionen«, in: Forschungsgruppe Kriminologie (Hrsg.), *Empirische Kriminologie*, Freiburg i. Br., 305–327.
- Becker, G. S. (1968), »Crime and Punishment: An Economic Approach«, *Journal of Political Economy* 76, 169–217.
- Büttner, T. und H. Spengler (2002), »Lokale Determinanten der Kriminalität und Tätermobilität: Eine empirische Studie mit Gemeindedaten«, *Monatschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 85(1), 1–19.
- Bundeskriminalamt (2004), *Polizeiliche Kriminalstatistik 2003*, Wiesbaden.
- Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz, BMI und BMJ (2001), *Erster Periodischer Sicherheitsbericht*, Berlin.
- Cohen, M. A. (1988), »Pain, Suffering and Jury Awards: A Study of the Cost of Crime to Victims«, *Law and Society Review* 22(3), 537–555.
- Cornwell, C. und W. N. Trumbull (1994), »Estimating the Economic Model of Crime with Panel Data«, *Review of Economics and Statistics* 76(2), 360–366.
- Curti, H. (1999), »Zur Abschreckungswirkung strafrechtlicher Sanktionen in der Bundesrepublik Deutschland: Eine empirische Untersuchung«, in: C. Ott und H.-B. Schäfer (Hrsg.), *Die Präventivwirkung zivil- und strafrechtlicher Sanktionen*, Mohr Siebeck, Tübingen, 71–94.
- Dölling, D. (1983), »Perceptions of Penalties and Offences in Adolescents – A Contribution to the Empirical Analysis of the General Deterrence Effect of Punishment«, in: H. J. Kerner, H. Kury und K. Sessar (Hrsg.), *Deutsche Forschungen zur Kriminalitätsentstehung und Kriminalitätskontrolle*, Carl Heymanns Verlag, Heidelberg.
- Dölling, D. (1990), »Generalprävention durch Strafrecht: Realität oder Illusion?«, *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 102(1).
- Ehrlich, I. (1973), »Participation in Illegitimate Activities: A Theoretical and Empirical Investigation«, *Journal of Political Economy* 81, 521–565.
- Entorf, H. (1996), »Kriminalität und Ökonomie: Übersicht und neue Evidenz«, *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft* 116, 417–450.
- Entorf, H., S. Meyer und J. Möbert (2005), *Kosten und Nutzen von Haft und Haftvermeidung* (Endbericht), erscheint demnächst (erhältlich unter <http://www.tu-darmstadt.de/fb1/vw12/>).
- Entorf, H. und H. Spengler (2000), »Socioeconomic and Demographic Factors of Crime in Germany: Evidence from Panel Data of the German States«, *International Review of Law and Economics* 20, 75–106.
- Entorf, H. und H. Spengler (2002), *Crime in Europe*, Springer, Berlin, Heidelberg, New York.
- Entorf, H. und H. Spengler (2005), Eine ökonometrische Analyse der Wirkungen des deutschen Strafverfolgungssystems auf das Kriminalitätsaufkommen, Research Notes 5, DIW Berlin, im Internet erhältlich unter <http://www.div.de/deutsch/produkte/publikationen/researchnotes/docs/papers/rn5.pdf>.
- Entorf, H. und P. Winker (2003), »Illegale Drogen und Kriminalität: Wie ausgeprägt ist der Zusammenhang?«, in: H.-J. Albrecht und H. Entorf (Hrsg.), *Kriminalität, Ökonomie und Europäischer Sozialstaat*, Physica-Verlag, Heidelberg, 97–132.
- Heinz, W. (2004), *Das strafrechtliche Sanktionensystem und die Sanktionierungspraxis in Deutschland 1882–2002 (Stand: Berichtsjahr 2002)*, Version 7/2004 (Internet Publikation), am 20. November 2004 aus dem Internet bezogen von <http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/sanks02.pdf>.
- Karstedt, S. (1991), »Attribution Theory and Deterrence Research – A New Approach to an Old Problem«, in: K. Sessar und H. J. Kerner (Hrsg.), *Developments in Crime and Crime Control Research: German Studies on Victims, Offenders and the Public*, Springer, New York, 1–21.
- Levitt, S. D. (1997), »Using Electoral Cycles in Police Hiring to Estimate the Effect of Police on Crime«, *American Economic Review* 87, 270–290.

- Miller, T. R., A. Cohen und S. B. Rossman (1993), »Data Watch«, *Health Affairs* 12(4), 186–197.
- Miller, T. R., M. A. Cohen und B. Wiersema (1996), *Victims' costs and consequences: A new look*, National Institute of Justice, Washington DC.
- Pfeiffer, M. und C. Gelau (2002), »Determinanten regelkonformen Verhaltens am Beispiel des Straßenverkehrs: Variablen der Norminternalisierung im Zusammenwirken mit Effekten polizeilicher Überwachungstätigkeit«, *Kölnische Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54, 694–713.
- Schumann, K. F. und R. Kaulitzki (1991), »Limits of General Deterrence: The Case of Juvenile Delinquency«, in: K. Sessar und H. J. Kerner (Hrsg.), *Developments in Crime and Crime Control Research: German Studies on Victims, Offenders and the Public*, Springer, New York, 1–21.
- Schumann, K. F., C. Berlitz, H.-W. Guth und R. Kaulitzki (1987), *Jugendkriminalität und die Grenzen der Generalprävention*, Luchterhand, Newied.
- Spengler, H. (2004), *Ursachen und Kosten der Kriminalität in Deutschland – drei empirische Untersuchungen* (Dissertation), im Internet erhältlich unter <http://elib.tu-darmstadt.de/diss/000531/>.
- Statistisches Bundesamt (2005), *Fachserie 14 Reihe 3.1 – 2002*, am 15. Juli 2005 aus dem Internet bezogen, von <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/>.
- Trumbull, W. N. (1989), »Estimations of the Economic Model of Crime Using Aggregate and Individual Level Data«, *Southern Economic Journal* 56, 423–439.
- Vilsmeyer, M. (1990), »Empirische Untersuchung der Abschreckungswirkung Strafrechtlicher Sanktionen«, *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 73(5), 273–285.
- Viscusi, W. K. (1986a), »Market Incentives for Criminal Behavior«, in: R. B. Freeman und H. Holzer (Hrsg.), *The Black Youth Employment Crisis*, University of Chicago Press, Chicago.
- Viscusi, W. K. (1986b), »The Risks and Rewards of Criminal Activity: A Comprehensive Test of Criminal Deterrence«, *Journal of Labor Economics* 4(3), 317–140.
- Witte, A. D. (1980), »Estimating the Economic Model of Crime with Individual Data«, *Quarterly Journal of Economics* 94, 57–84.
- Wolpin, K. I. (1978), »An Economic Analysis of Crime and Punishment in England and Wales, 1894–1967«, *Journal of Political Economy* 86, 815–840.
- Wolpin, K. I. (1980), »A Time Series-Cross Section Analysis of International Variation of Crime and Punishment«, *Review of Economics and Statistics* 62, 417–423.

Weltwirtschaftsklima hat sich stabilisiert

Ergebnisse des 89. World Economic Survey (WES) vom Juli 2005¹

26

Gernot Nerb und Anna Stangl

Das ifo Weltwirtschaftsklima stabilisierte sich im Juli auf dem Niveau der April-Erhebung, nachdem der Indikator zuvor fünfmal hintereinander gesunken war (vgl. Abb. 1). Während sich die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage weiter verschlechterten, wurden die Erwartungen für die nächsten sechs Monate günstiger (vgl. Abb. 2). Damit verstärkt sich der Eindruck, dass die seit Mitte 2004 eingetretene Verlangsamung im weltwirtschaftlichen Wachstum nur eine vorübergehende Störung war und nicht der Beginn eines weltweiten Konjunkturabschwungs. Im Laufe des zweiten Halbjahres 2005 ist nach den WES-Ergebnissen mit einer erneuten Belebung der Weltwirtschaft zu rechnen.

Die wichtigsten Ergebnisse in Stichworten

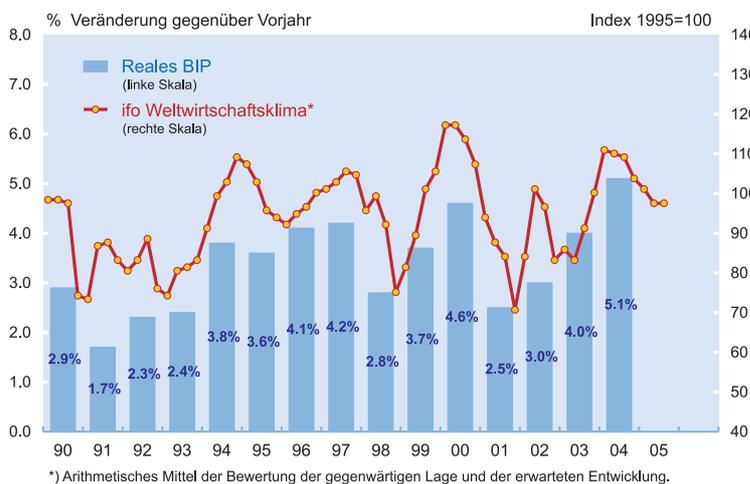
- Die Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation haben sich zwar erneut etwas verschlechtert, ...
- ... die wirtschaftlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind jedoch nach oben revidiert worden.
- Es wird keine Beschleunigung der Inflation erwartet.
- Es wird mit nur leicht steigenden Zinssätzen gerechnet.
- Der Euro gilt weniger häufig als überbewertet.

Die Konjunktorentwicklung in den Weltregionen

Das ifo Wirtschaftsklima im Euroraum ist im Juli 2005 stabil geblieben, nachdem der ifo-Indikator zuvor dreimal hintereinander gesunken war. Während sich die Ur-

teile zur aktuellen wirtschaftlichen Situation weiter verschlechterten, verbesserten sich die Erwartungen für die kommenden sechs Monate. Den Spitzenplatz im Urteil der WES-Experten nimmt weiterhin die Wirtschaft *Irlands* ein; Die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation haben dort den höchstmöglichen Wert auf der WES-Skala erreicht. Auch die bisher schon positiven Perspektiven haben sich weiter verbessert. Abgesehen von Irland wird die gesamtwirtschaftliche Situation nur noch in *Finnland* und in *Spanien* positiv eingeschätzt. In *Österreich*, *Griechenland* und *Luxemburg* gilt die derzeitige wirtschaftliche Lage zumindest als befriedigend. Erstmals seit langem fielen auch in *Deutschland* und *Frankreich* die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation etwas günstiger aus. Auch die wirtschaftlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate hellten sich auf. Trotz dieser positiven Entwicklung befindet sich das Wirtschaftsklima in beiden

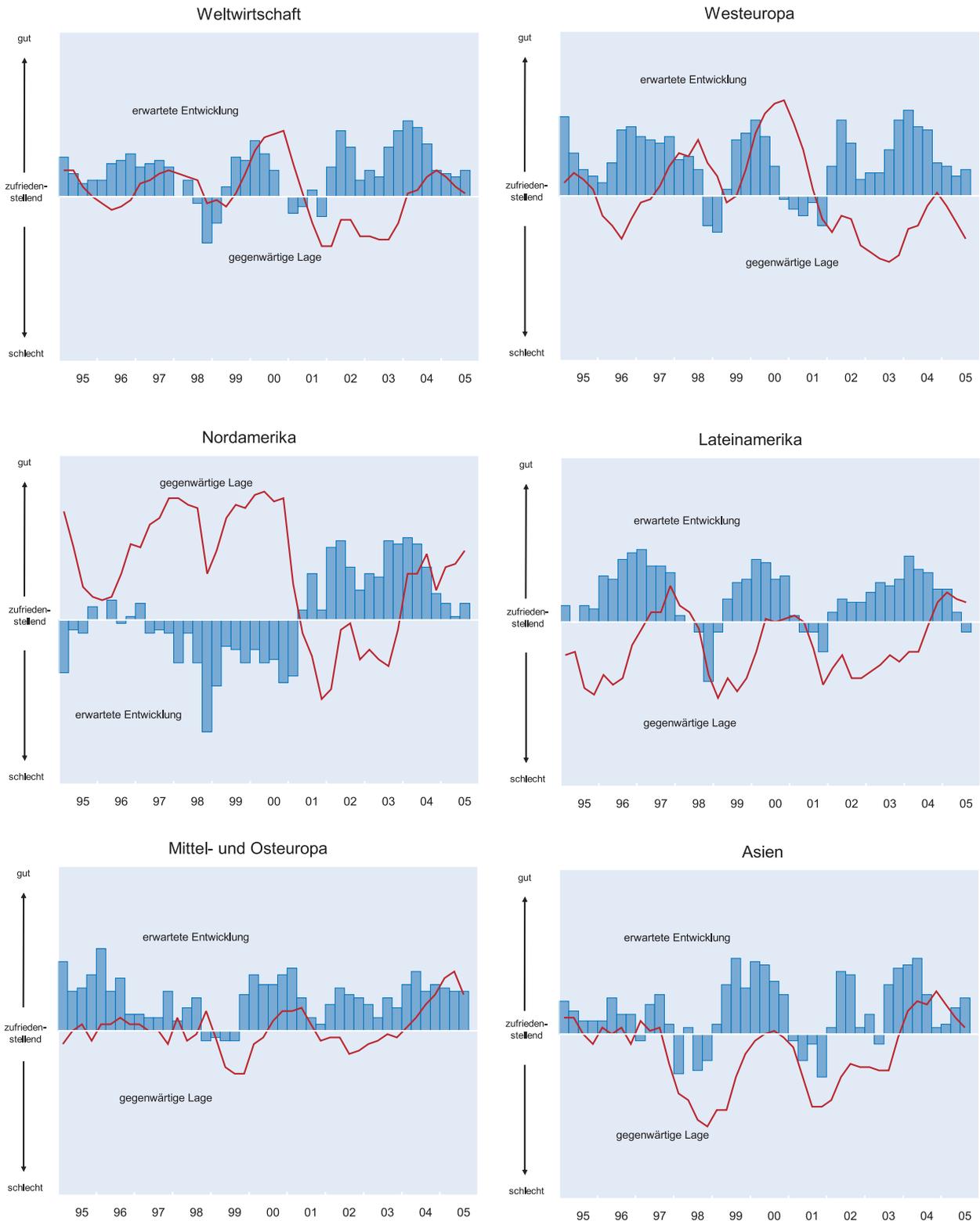
Abb. 1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: IWF, World Economic Outlook April 2005; Ifo World Economic Survey (WES) IIIQ/2005.

¹ Im Juli 2005 hat das ifo Institut zum 89. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« kurz WES, bei 1051 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 95 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt.

Abb. 2
Wirtschaftliche Lage



Quelle: Ifo World Economic Survey Q3/2005.

Ländern nach Ansicht der befragten WES-Teilnehmer noch im negativen Bereich. Letzteres gilt auch für *Belgien* und in noch stärkerem Maße für die *Niederlande*, *Italien* und *Portugal*. In den westeuropäischen Ländern außerhalb des Euroraums hat sich der Klimaindikator nur in Norwegen verbessert, er verschlechterte sich dagegen in *Schweden*, der *Schweiz* und am stärksten im *Vereinigten Königreich*.

Besserungstendenzen sind im Juli insbesondere in **Nordamerika** auszumachen: In den *USA* und in *Kanada* zeigten die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage gleichermaßen nach oben. Die Erwartungen der WES-Teilnehmer deuten darauf hin, dass sich die bereits gute wirtschaftliche Situation in beiden Ländern in den nächsten sechs Monaten noch weiterhin verbessern wird. Sowohl in den *USA* als auch in *Kanada* rechnen die WES-Experten mit einer weiterhin dynamischen Entwicklung der Konsumnachfrage; auch andere Indikatoren verheißen eine Fortsetzung der Konjunkturbelebung in 2005, so die Unternehmensinvestitionen und die Exporte.

Der Klimaindikator in **Asien** blieb im Vergleich zur April-Erhebung unverändert. Einer vorsichtigeren Einschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage standen hier deutlich zuversichtlichere Erwartungen gegenüber. Doch dieses Muster gilt nicht für alle Länder der Region. Insbesondere hat sich im dritten Quartal 2005 die Wirtschaftslage in *Japan* aufgehellt: Beide Komponenten des Klimaindiktors – aktuelle wirtschaftliche Situation und die Erwartungen für die kommenden sechs Monate – haben sich nach einer »Delle« im Frühjahr verbessert. Die Wirtschaftslage wird nunmehr als befriedigend eingeschätzt, die wirtschaftlichen Erwartungen deuten auf eine konjunkturelle Stabilisierung in 2005. Eine positive Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage wird weiterhin aus *China* berichtet. *China* hat nach mehr als einem Jahrzehnt die heimische Währung von der starren Dollar-Bindung gelöst und sie um 2,1% aufgewertet. Die WES-Experten rechnen nun mit einer leichten Abschwächung des Exportwachstums in den kommenden sechs Monaten. Wegen der wohl auch künftig nur geringfügigen Aufwertung des Yuan ist jedoch nur mit sehr begrenzten Auswirkungen auf den chinesischen Exportsektor zu rechnen. Auf der anderen Seite haben sich *Chinas* Importe in den letzten Jahren ebenfalls sehr dynamisch entwickelt und somit die weltweite Nachfrage gestärkt. Dieser Trend wird voraussichtlich in den kommenden Monaten anhalten. *Indien* behält die führende Position in Asien hinsichtlich der Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage. Auch die Aussichten für die nächsten sechs Monate bleiben deutlich optimistisch. Es folgt *Vietnam* mit ausgesprochen positiven Urteilen zur aktuellen Lage und guten Aussichten für das zweite Halbjahr 2005, obgleich sich beide Indikatoren gegenüber dem Vorquartal leicht verschlechtert haben. In *Indonesien* stabilisierten sich die Einschätzungen der aktuellen Wirtschaftslage im Juli auf einem befriedigenden Niveau; diese Entwicklung wird nach

Ansicht der Befragungsteilnehmer auch in den nächsten sechs Monaten anhalten. Auch in *Hongkong*, *Malaysia*, *Taiwan*, *Singapur* und *Pakistan* wird die aktuelle Wirtschaftslage als befriedigend eingeschätzt, obgleich etwas weniger günstig als in der vorangegangenen April-Erhebung. In allen in die Umfrage einbezogenen Ländern der Region rechnen die WES-Experten mit einer stärkeren Binnennachfrage und einer dynamischen Entwicklung des Außenhandels in den nächsten sechs Monaten. Ausnahmen bilden lediglich *Thailand*, die *Philippinen* und *Malaysia*. Dort geht man von einer Abschwächung der Investitionstätigkeit im zweiten Halbjahr 2005 aus.

Das Wirtschaftsklima in **Osteuropa** bleibt weiterhin stabil. Den Urteilen der osteuropäischen WES-Experten zufolge hat sich die aktuelle Wirtschaftslage gegenüber den Ergebnissen der letzten Umfrage vom April 2005 zwar leicht verschlechtert, die Urteile liegen jedoch deutlich über dem »Befriedigend-Niveau«. Der Optimismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten blieb im osteuropäischen Durchschnitt erhalten. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation sowie die Aussichten sind weiterhin besonderes positiv in den acht neuen EU-Staaten (*Polen*, *Ungarn*, *Tschechien*, *Slowakei*, *Slowenien*, *Estland*, *Litauen* und *Lettland*). Von einer Verbesserung der aktuellen Wirtschaftslage berichteten die befragten Experten jedoch nur in *Estland*, *Lettland* und *Tschechien*. Der gegenwärtige günstige Zustand der Wirtschaft soll in diesen Ländern auch in nächster Zeit stabil bleiben. Nur in *Slowenien* rechnen die WES-Experten mit einer konjunkturellen Abkühlung in den kommenden sechs Monaten. Außerhalb der EU wurde die aktuelle Wirtschaftslage in dieser Region in *Albanien*, *Bulgarien* und *Rumänien* ebenfalls als zufriedenstellend beurteilt. Auch hier deuten die wirtschaftlichen Erwartungen auf eine weitere Stabilisierung der Wirtschaft in den kommenden sechs Monaten hin. Weniger günstig schätzten die WES-Experten die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in *Kroatien*, *Serbien* und *Montenegro* ein. Doch auch in diesen Ländern wird von positiven Wachstumsperspektiven im zweiten Halbjahr 2005 ausgegangen. In ausnahmslos allen Ländern dieser Region erwarten die befragten Experten eine dynamische Entwicklung des Außenhandels, und zwar sowohl des Import- als auch des Exportsektors.

Der Wirtschaftsklimaindex ist nach den Ergebnissen der Juli-Umfrage in den **GUS-Staaten** leicht zurückgegangen. Beide Komponenten des Klimaindiktors blieben jedoch auf einem zufriedenstellenden Niveau. Der Erdölsektor in *Russland* spielt immer noch eine ausschlaggebende Rolle für die Wirtschaft des Landes, aber auch die private Konsumnachfrage hat sich günstig entwickelt. Die befragten Experten erwarten hiervon weitere Wachstumsimpulse für das zweite Halbjahr. Positive Signale kommen auch aus *Kasachstan*, wo die aktuelle wirtschaftliche Situation auf einem höchst

zufriedenstellenden Niveau geblieben ist und die befragten Wirtschaftsfachleute mit einer weiteren Stabilisierung in den nächsten sechs Monaten rechnen. Auch in der *Ukraine* wird die allgemeine Wirtschaftslage als zufriedenstellend beurteilt. Obwohl die Erwartungen sich gegenüber der April-Umfrage etwas eintrübten, spricht das Gesamtbild eher dafür, dass die wirtschaftliche Aktivität in den nächsten sechs Monaten stabil bleibt.

Der Aufwärtstrend der Konjunktur in **Ozeanien**, der bereits 2001 einsetzte, begann sich Ende 2004 – im Einklang mit der weltweiten konjunkturellen Abkühlung – abzuschwächen. Nach den neusten Ergebnissen der WES-Umfrage scheint die Phase der konjunkturellen Abkühlung in *Australien* langsam auszulaufen. Vor allem der Exportsektor wird nach den Erwartungen der befragten WES-Experten für Wachstumsimpulse sorgen und somit die ungünstigen Auswirkungen der schwachen Binnennachfrage auf die Gesamtwirtschaft des Landes aufwiegen. In *Neuseeland* dagegen scheint das Ende der konjunkturellen Abschwächung noch nicht in Sicht. Sowohl die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage als auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate sind im Juli im Vergleich zu der April-Befragung zurückgegangen. Während die aktuelle Wirtschaftslage immer noch als »gut« beurteilt wird, sind jedoch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate, wie bereits in der vorangegangenen Umfrage, überwiegend negativ. Vor allem rechnen die Experten mit einem Rückgang der Exporte im kommenden Halbjahr, was zum Teil auf die starke Landeswährung zurückzuführen ist.

Das Wirtschaftsklima blieb in den meisten Ländern **Südamerikas** weiterhin günstig. Die Urteile der WES-Experten fallen jedoch in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich aus. *Chile* nahm erneut die führende Position auf dem Kontinent hinsichtlich des Geschäftsklimas ein. Die aktuelle wirtschaftliche Situation wurde als ausgesprochen positiv beurteilt. Die wirtschaftlichen Erwartungen sind zwar gegenüber den vorangegangenen Erhebungen leicht zurückgegangen, blieben jedoch insgesamt optimistisch und deuten auf ein solides Wachstum der Exporte, der Investitionen und der heimischen Konsumnachfrage in den nächsten sechs Monaten hin. In *Argentinien* wird die gegenwärtige Wirtschaftslage nunmehr als zufriedenstellend beurteilt. Die Erwartungen für das zweite Halbjahr blieben optimistisch und weisen auf eine weitere Stabilisierung der Volkswirtschaft hin. Ein durchwegs positives Bild über die Wirtschaft des Landes zeichneten die befragten Experten in *Peru*. Ebenfalls etwas günstiger als in der vorangegangenen April-Erhebung wurde die aktuelle wirtschaftliche Situation in *Mexiko* eingeschätzt. Die wirtschaftlichen Aussichten für die kommenden sechs Monate haben sich hier jedoch eintrübt. Insbesondere rechnen die Experten mit einer Abschwächung der privaten Konsumnachfrage und der Unternehmensinvestitionen. Auch in *Brasilien* hat sich das Wirt-

schaftsklima etwas verschlechtert. Doch obwohl beide Komponenten des Klimaindikatoren etwas nach unten revidiert worden sind, wird die gesamtwirtschaftliche Situation des Landes überwiegend als positiv und stabil beurteilt. Optimistisch hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Stabilisierung zeigten sich die befragten Experten in *Kolumbien*, *Costa Rica*, *El Salvador*, *Panama* und – mit Einschränkungen – *Venezuela*. Von allen in der Erhebung berücksichtigten Ländern dieser Region blieben die Wirtschaftsfachleute nur in *Ecuador*, *Bolivien* und *Paraguay* kritisch, was eine Trendwende der gegenwärtig ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung anbelangt. In fast allen Ländern des Kontinents rechnen die WES-Experten mit einem Wachstum der Exporte. Nur in *Ecuador* sowie *Trinidad* und *Tobago* bleibt nach Einschätzung der WES-Teilnehmer das Exportvolumen in den kommenden Monaten unverändert.

Das Wirtschaftsklima im **Nahen Osten** gilt weiterhin als ausgesprochen positiv. Bei weitem die besten Einschätzungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage kommen im Juli erneut aus den *Vereinigten Arabischen Emiraten*, *Saudi-Arabien*, *Bahrain* und *Kuwait*, gefolgt von *Jordanien*. In allen diesen Ländern soll nach Ansicht der befragten Experten die günstige wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten anhalten bzw. sich noch verstärken. Auch in den Urteilen der *türkischen Wirtschaft* setzte sich der positive Trend fort. Sowohl die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage als auch die Erwartungen für das zweite Halbjahr 2005 haben sich verbessert. Die Experten erwarten vor allem in den kommenden Monaten weiteres Wachstum im Auslandsgeschäft (sowohl Export- und Importsektor) sowie beim privaten Verbrauch und den Investitionen. In 2004 überschritt das jährliche BIP-Wachstum in der *Türkei* die 9%-Marke. Die Indikatoren weisen darauf hin, dass das Jahr 2005 das vierte Jahr in Folge sein wird, in dem hohe Wachstumsraten konstatiert werden können. In *Israel* ist der Wirtschaftsklimaindikator dagegen leicht zurückgegangen. Doch auch hier wird die aktuelle Wirtschaftslage als zufriedenstellend beurteilt, und die Erwartungen für die kommenden sechs Monate blieben insgesamt positiv, wenn auch in etwas geringerem Maße als in der vorangegangenen Erhebung.

Die starken Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung in **Afrika** halten weiterhin an. In *Südafrika* entwickelte sich die Wirtschaft in den letzten zehn Jahren ausgesprochen positiv. Der Klimaindikator wies im Jahr 2004 eine durchwegs positive Tendenz auf. Im ersten Halbjahr 2005 stabilisierte sich der Klimaindex auf einem hohen Niveau. Nach den Ergebnissen der Juli-Erhebung stellt sich die Konjunktur weiterhin günstig dar: Die Urteile zur wirtschaftlichen Lage haben sich erneut gebessert, und für die nächsten sechs Monate wird nur eine leichte Abschwächung dieser positiven Tendenz erwartet. Von einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses – ausgehend von einem niedrigen Niveau – berichteten die befragten WES-Ex-

perten in *Ägypten* und *Kenia*. Als immer noch »ungünstig« bezeichneten die befragten Experten die wirtschaftliche Lage in *Algerien*. Die wirtschaftlichen Erwartungen für das zweite Halbjahr 2005 verheißen jedoch eine Kehrtwende der konjunkturellen Entwicklung zum Besseren. In *Tunesien* geben sich die Experten mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage zufrieden und rechnen mit einer weiteren Stabilisierung in den nächsten sechs Monaten. In den anderen afrikanischen Staaten, welche in der WES-Umfrage erfasst werden, wird überwiegend ein düsteres Bild zur aktuellen Wirtschaftslage und den Aussichten für das kommende halbe Jahr gezeichnet, so insbesondere in der *Elfenbeinküste*, *Nigeria* und *Simbabwe*.

Keine Beschleunigung der Inflation erwartet

Trotz der sprunghaft gestiegenen Ölpreise wird im Weltdurchschnitt nicht mit einer weiter zunehmenden Inflation gerechnet. Wie schon bei der April-Erhebung gehen die WES-Experten im Jahre 2005 von einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,9% aus; dies wäre exakt dieselbe Inflationsrate wie 2004 (vgl. Tabelle).

Im **Euroraum** wird sich 2005 nach Ansicht der WES-Experten die Inflationsrate (Verbraucherpreise) bei 2,0% einpendeln. An dieser Einschätzung hat sich in den letzten zwei Quartalen nichts geändert. Die höchsten Inflationsraten werden weiterhin in *Griechenland* (3,4%) und in *Spanien* (3,2%) erwartet. Auf der anderen Seite herrschen die niedrigsten Inflationsraten voraussichtlich auch 2005 in *Finnland* (1,4%), den *Niederlanden* (1,6%) und *Deutschland* (1,7%) vor. Außerhalb des Euroraums liegen in **Westeuropa** die Inflationsraten wohl auch 2005 sehr niedrig in der *Schweiz* (1,1% nach erwarteten 1,0% im April), in *Schweden* (1,0% nach erwarteten 1,2% im April) und in *Norwegen* (unverändert 1,4%). Im *Vereinigten Königreich* dürfte sich die Inflationsrate in 2005 dem Niveau des Euroraums (2,0%) bewegen.

In den **USA** wird kein Revisionsbedarf an der Aprilschätzung der Jahresinflation 2005 gesehen. Mit voraussichtlich 2,9% liegt die Inflationsrate in den **USA** in diesem Jahr jedoch etwas über der Marke, die von der US-Notenbank erfahrungsgemäß noch als tolerierbar angesehen wird (2,5%).

In **Asien** wird nunmehr von den WES Experten die voraussichtliche Inflation in 2005 bei 2,4% gesehen, was nur marginal höher als in der April-Erhebung (2,3%) und immer noch niedriger als im Vorjahr (2,6%) ist. Eine weitere Abschwächung der Inflation zeichnet sich nach Ansicht der WES Experten in diesem Jahr vor allem in *China* ab (2,9% nach vorher erwarteten 4,1%) und zu einem geringeren Grad auch in *Indien* (5,2% nach vorher erwarteten 5,5%) und in *Südkorea* (3,6% nach vorher erwarteten 3,9%). Auf der anderen Seite wird nunmehr in den *Philippinen* mit einem höhe-

ren Preisanstieg als bisher erwartet gerechnet (8,0% nach 6,8% in der April-Schätzung); dasselbe gilt auch für *Vietnam* (7,7% nach vorher erwarteten 6,1%). In *Japan* verstärkt sich der Eindruck, dass die Deflation vorbei ist, wenngleich sich die Preise vorerst nur auf niedrigem Niveau stabilisieren und in 2005 kaum ansteigen werden (0,1%).

In **Osteuropa** wird sich nach den Erwartungen der WES-Experten die Inflation im Laufe des Jahres 2005 bei 3,7% einpendeln, was deutlich niedriger wäre als im letzten Jahr (5,1%). Die höchsten Inflationsraten in dieser Region werden auch 2005 voraussichtlich in *Serbien-Montenegro* vorherrschen; die Inflationstendenzen scheinen sich hier sogar noch zu verstärken (13,8% nach vorher erwarteten 10,9% und einer tatsächlichen Inflation von 10,3% in 2004). Die niedrigsten Inflationsraten werden 2005 in dieser Region in *Bosnien-Herzegowina* (2,0%), in der *Tschechischen Republik* (2,6%), in *Slowenien* (2,7%), in *Polen* (2,8%), in *Kroatien* (2,8%) und in *Litauen* (2,9%) erwartet.

In den **GUS-Ländern** wird von den WES-Experten die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2005 nunmehr nochmals höher als noch zu Jahresanfang gesehen (12,5% nach erwarteten 11,2% im April und 10,0% im Januar 2005 sowie einer tatsächlichen Inflationsrate von 10,8% im Vorjahr). Die Korrektur nach oben hängt vor allem mit den in den letzten Monaten weiter gestiegenen Inflationserwartungen in *Russland* (nunmehr 12,2% nach 11,3% im April und 10,3% zu Jahresanfang 2005) zusammen.

In **Mittel- und Südamerika** wurden im bisherigen Jahresverlauf die Inflationserwartungen für 2005 kontinuierlich nach unten revidiert (aktuell 5,9% nach 6,1% im April und 6,4% zu Jahresanfang). Dies hängt zum einen vor allem mit *Venezuela* zusammen, wo sich nach dem starken Preisanstieg im letzten Jahr (22%), die Inflationstendenzen abzuschwächen scheinen (17,7% nach erwarteten 19,7% im April). Aber auch in *Argentinien* gehen die WES Experten von einer Verlangsamung des Inflationstrends im Laufe dieses Jahres aus (aktuelle Inflationsschätzung für den Jahresdurchschnitt 2005: 10,9% nach erwarteten 12,2% gemäß der April-Erhebung). In *Brasilien* wird die Inflationsrate für 2005 nach wie vor leicht über 6% eingeschätzt (6,3%).

Nur leichter Zinsanstieg erwartet

Im **Euroraum** wird nur mehr vereinzelt mit einer Anhebung der Zentralbankzinsen im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet; die weit überwiegende Mehrheit der WES-Experten geht hier von unveränderten **kurzfristigen Zinsen** aus (vgl. Abb. 3). Vor allem im *Vereinigten Königreich* wird demgegenüber mit einem sinkenden Trend der Kurzfristzinsen gerechnet; die erste Senkung der Leitzinsen seit rund zwei Jahren ist bereits vor kurzem erfolgt. Auch in den meis-

**Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2005
(im Juli und April 2005)***

Region	Q3/2005	Q2/2005	Region	Q3/2005	Q2/2005
Durchschnitt der 91 Staaten	2,9	2,9	Zentral- und Lateinamerika	5,9	6,1
EU (alte Mitglieder)	2,0	2,0	Argentinien	10,9	12,2
EU (neue Mitglieder) ^{a)}	3,1	3,2	Bolivien	4,4	4,4
Euroraum ^{b)}	2,0	2,0	Brasilien	6,3	6,4
Westeuropa	1,9	1,9	Chile	2,8	2,7
Belgien	2,1	2,0	Costa Rica	13,7	12,7
Dänemark	1,6	1,8	Ecuador	2,4	1,9
Deutschland	1,7	1,6	El Salvador	3,8	4,4
Finnland	1,4	1,4	Kolumbien	5,0	5,3
Frankreich	1,9	2,0	Mexiko	4,3	4,6
Griechenland	3,4	3,4	Panama	1,3	1,3
Großbritannien	2,0	2,1	Paraguay	9,0	7,6
Irland	2,4	2,3	Peru	2,5	2,8
Island	-	4,0	Trinidad and Tobago	5,0	4,5
Italien	2,2	2,1	Uruguay	6,6	6,3
Luxemburg	2,3	2,3	Venezuela	17,7	19,7
Malta	2,6	2,4	Asien	2,4	2,3
Niederlande	1,6	1,6	Bangladesch	6,5	6,0
Norwegen	1,4	1,4	China P.R.	2,9	4,1
Österreich	2,2	2,2	Hongkong	1,5	1,4
Portugal	2,5	2,2	Indien	5,2	5,5
Schweden	1,0	1,2	Indonesien	7,5	6,9
Schweiz	1,1	1,0	Japan	0,1	0,1
Spanien	3,2	3,1	Korea	3,6	3,9
Zypern	2,5	3,0	Malaysia	2,9	2,3
Mittel- und Osteuropa	3,7	3,7	Pakistan	8,9	9,0
Albanien	3,2	3,4	Philippinen	8,0	6,8
Bosnien-Herzegowina	2,0	-	Singapur	2,5	2,0
Bulgarien	4,5	3,9	Sri Lanka	12,0	13,0
Estland	3,3	3,5	Taiwan	1,9	1,7
Kroatien	2,8	2,7	Thailand	3,5	3,3
Lettland	5,6	5,9	Vietnam	7,7	6,1
Litauen	2,9	2,6	Naher Osten	5,3	5,6
Polen	2,8	2,9	Bahrain	3,0	-
Rumänien	7,8	7,5	Iran	16,6	16,5
Serbien und Montenegro	13,8	10,9	Israel	2,6	2,3
Slowakei	3,2	3,7	Jordan	3,9	3,1
Slowenien	2,7	3,0	Katar	6,0	-
Tschechien	2,6	2,4	Libanon	3,5	2,0
Ungarn	3,9	4,2	Saudi-Arabien	1,3	1,4
GUS	12,5	11,2	Türkei	7,7	8,4
Kasachstan	-	6,6	Vereinigte Arabische Emirate	5,3	4,7
Russland	12,2	11,3	Afrika	10,5	9,0
Ukraine	12,4	13,2	Ägypten	7,3	8,1
Nordamerika	2,8	2,7	Algerien	5,3	5,0
Kanada	2,1	2,2	Kenia	10,7	10,0
USA	2,9	2,9	Marokko	1,9	3,0
Ozeanien	2,6	2,8	Mauritius	5,5	4,0
Australien	2,6	2,8	Nigeria	14,0	13,5
Neuseeland	2,6	2,6	Simbabwe	190,0	170,0
			Südafrika	4,3	4,1
			Tansania	4,0	-
			Tunesien	2,7	2,8

* Die Werte innerhalb der Regionen sind gewichtet gemäß dem Anteil der Länder am weltweiten Außenhandelsvolumen. –

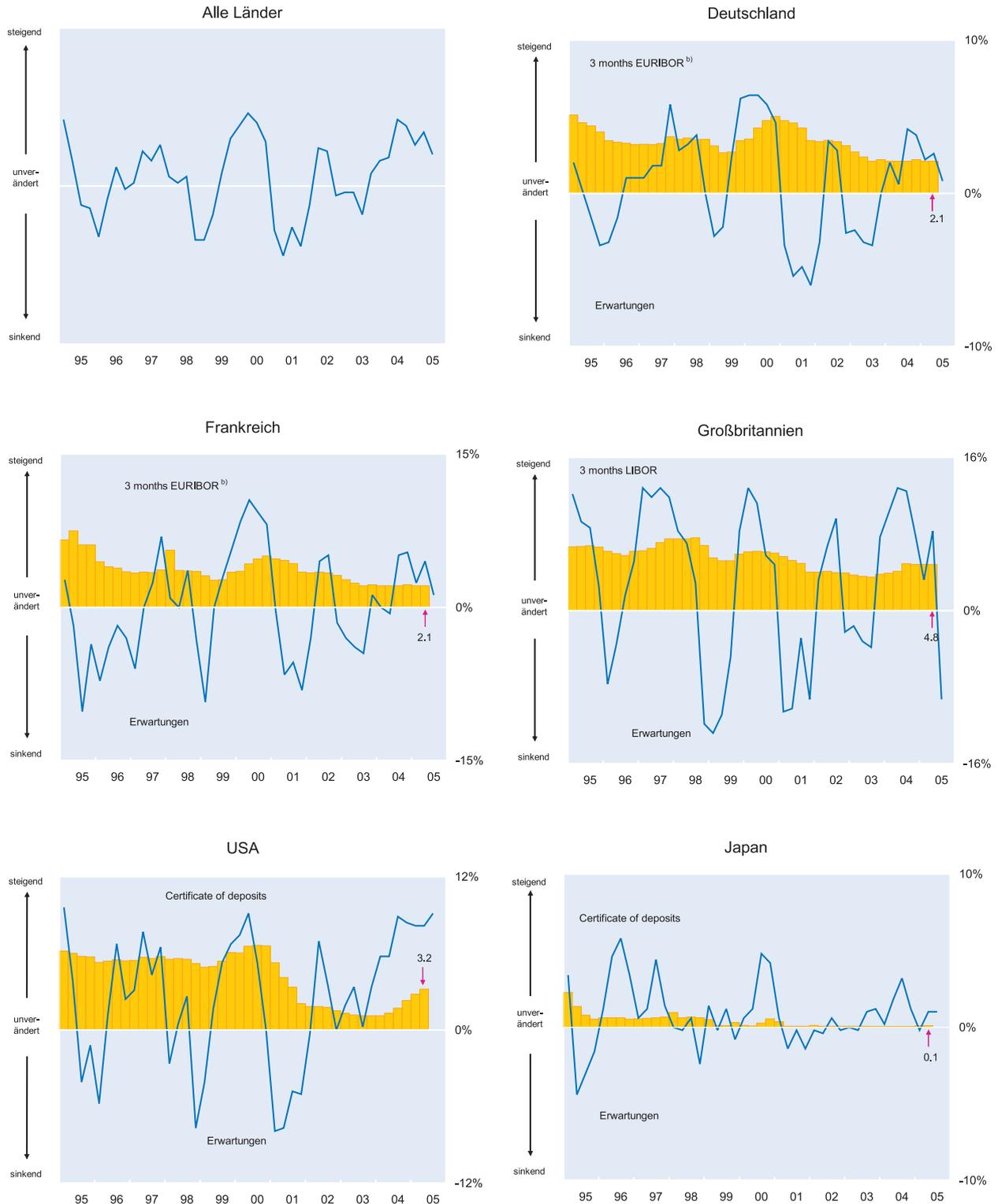
^{a)} Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern, (seit 1. Mai 2004)

– ^{b)} EU-Länder ohne Dänemark, Schweden und Vereinigtes Königreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), Q3/2005.

Abb. 3
Kurzfristige Zinsen

– Aktuelle Zinssätze^{a)} und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



^{a)} Quartalswerte OECD, Main Economic Indicators. ^{b)} Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q3/2005.

ten osteuropäischen Ländern, in Neuseeland, der Türkei sowie einigen lateinamerikanischen Ländern (Brasilien, Venezuela und Mexiko) gehen die WES-Experten von rückläufigen kurzfristigen Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate aus. Auf der anderen Seite werden in den USA und auch in Kanada weitere moderate Zinssteigerungen im Laufe des zweiten Halbjahres erwartet. Auch in den meisten asiatischen Ländern sehen die WES-Teilnehmer den Trend zu höheren Zentralbankzinsen noch ungebrochen.

Parallel zu dem erwarteten moderaten Anstieg der Kurzfristzinsen werden sich im weltweiten Durchschnitt auch die **Kapitalmarktzinsen**, d.h. die langfristigen Zinsen, die sich am Markt ergeben, nur leicht erhöhen. Die entsprechenden Meldungen sind gegenüber der April-Erhebung in den meisten Ländern erneut zurückgegangen. Eine Ausnahme hiervon bildet vor allem Nordamerika: In den USA zeigt der erwartete Trend der Kapitalmarktzinsen unverändert nach oben, in Kanada hat er sich sogar verstärkt. Auf der anderen Seite werden rückläufige Kapitalmarktzinsen im Laufe des zweiten Halbjahres vor allem im Vereinigten Königreich erwartet. Auch in Brasilien und der Türkei zeigt der Zinstrend nach Ansicht der WES-Experten am Kapitalmarkt in den nächsten Monaten eindeutig nach unten. Eingeschränkt gilt dieser Trend zur Zinssenkung auch für die Mehrzahl der osteuropäischen Länder sowie Russland.

Der Euro gilt weniger häufig als überbewertet

Nach einer Aufwertungstendenz in den letzten Monaten gilt der US-Dollar kaum noch als unterbewertet (vgl. Abb. 4). Auf der anderen Seite hat sich nach der eingetretenen Verbilligung des Euro und des britischen Pfunds unter den WES-Experten die Meinung durchgesetzt, dass diese Währungen nur noch leicht überbewertet sind. Der japanische Yen wurde wie schon bei der Erhebung im Frühjahr im Verhältnis zu den anderen untersuchten Leitwährungen als fundamental angemessen eingestuft. Diese Einschätzung der vier Hauptwährungen (US-Dollar, Euro, Yen und britisches Pfund) herrscht in nahezu allen 95 Ländern vor, die in die Umfrage einbezogen wurden. Ausnahmen davon sind in Europa vor allem Norwegen und die Schweiz, wo der US-Dollar, aber auch der Euro und das britische Pfund weiterhin als überbewertet gelten. Außerhalb Europas gilt die eigene Währung in folgenden Ländern als generell unterbewertet: In Mittel- und Osteuropa vor allem in Litauen, Rumänien, der Slowakei und in Russland, in Asien vor allem in China, Indien, Japan, Indonesien, den Philippinen, Thailand und auch Vietnam sowie in einigen lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien, Mexiko, Peru, Paraguay und Chile. Andererseits werden in einer Reihe von Ländern die eigene nationale Wäh-

Abb. 4
Währungsbeurteilung



rung als generell überbewertet gegenüber den vier untersuchten Leitwährungen (US-Dollar, Euro, Yen und UK-Pfund) eingestuft, so vor allem in Südafrika, Kenia, Ägypten, Iran, Libanon, Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kroatien, Uruguay, Venezuela, Kolumbien, Hong Kong, Taiwan und Sri Lanka.

Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, dass die tatsächlichen Wechselkurse sich zumindest kurzfristig häufig nicht an den fundamental gerechtfertigten Werten orientieren, sondern in erheblichem Maße über- oder unterschätzen können. Aus diesem Grunde wurde wiederum die Zusatzfrage gestellt, wie sich der US-Dollar vis-à-vis den jeweiligen anderen Währungen entwickeln wird. Gegenüber dem Durchschnitt der Währungen aller erfassten Länder wird der US-Dollar nach Ansicht der WES-Experten in den nächsten sechs Monaten weiter leicht steigen. Im Gegensatz dazu ist mit einem Rückgang des Werts des US-Dollars gegenüber den Währungen in Norwegen, Lettland, Kanada, Peru, Neuseeland, China, Japan und Malaysia zu rechnen. Bis zu einem gewissen Grade ist die erwartete Paritätsänderung bereits in Form der Aufwertung des chinesischen Renmimbi und des malayischen Ringgit erfolgt.

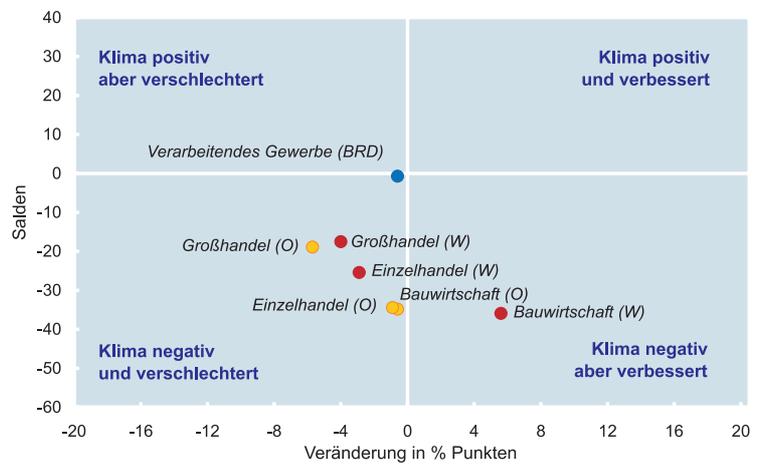
Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währungen sowie der Juli-Sonderfrage zur Rolle des Internets findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.

Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands ist im August etwas gesunken. Dies ist allerdings als eine Korrektur auf den deutlichen Anstieg im Vormonat und nicht als eine tendenzielle Richtungsänderung zu interpretieren. Mit einem Saldowert von – 11,7 Prozentpunkten liegt der Indikator noch über den Monaten März bis Juni. Ausschlaggebend für die Eintrübung des Klimas war überdies die ungünstigere Beurteilung der aktuellen Situation (Saldowert: – 17,4 Prozentpunkte), während sich die Erwartungen erneut verbesserten (Saldowert: – 5,8 Prozentpunkte). Die Industrieunternehmen bewerteten auch ihre Exportchancen abermals etwas optimistischer. Insgesamt deuten die neuesten Ergebnisse des ifo Konjunkturtests auf eine konjunkturelle Belebung in den nächsten Monaten hin, wengleich ein selbsttragender Aufschwung noch nicht in Sicht ist. In den neuen Bundesländern hat sich das Geschäftsklima etwas deutlicher eingetrübt als im Bundesdurchschnitt.

Im verarbeitenden Gewerbe ging der Klimaindikator nur wenig zurück. Dagegen verschlechterte sich das Geschäftsklima im Großhandel wieder deutlich, in den neuen Bundesländern noch etwas ausgeprägter als in den alten. Eine überdurchschnittliche Abwärtsentwicklung war auch im Einzelhandel zu beobachten, vor allem in Westdeutschland. Lediglich im Baugewerbe stieg der Klimaindikator an; ausschlaggebend hierfür war die positive Tendenz im Westen, während sich in den neuen Bundesländern ein leichter Rückgang ergab (vgl. Abbildung).

Bei der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage im **verarbeitenden Gewerbe** Deutschlands gewannen die negativen Stimmen etwas an Gewicht. Auch die Investitionsgüterproduzenten, die sich zuletzt positiv äußerten, waren nicht mehr ganz zufrieden. Nachfrage und Produktion schwächten sich im Durchschnitt leicht ab, die Auftragsbestände insgesamt wurden wieder etwas häufiger als unzureichend eingestuft. In den Geschäftserwartungen kam dagegen erhöhte Zuversicht zum Ausdruck, wobei die Unternehmen auch von weiter verbesserten Chancen auf den ausländischen Märkten ausgingen. Die Fertigung soll in den nächsten Monaten hochgefahren werden; vor allem die Vorleistungsgüterhersteller haben ihre Produktionspläne – trotz zu großer Fertigwarenlager – nach oben revidiert. Die Verkaufspreise gaben etwas nach, den Meldungen zufolge dürften sie sich in den nächsten Monaten weitgehend stabilisieren. Ein Ende des Personalabbaus zeichnet sich für die nahe Zukunft offenbar nicht ab, wengleich der Anteil der Unternehmen, die von einer Abnahme der Belegschaftszahlen ausgingen, auf per saldo 17% abgenommen hat.

Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im August 2005¹⁾



1) Saisonbereinigte Werte. BRD = Bundesrepublik Deutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland. Quelle: ifo Konjunkturtest.

Im verarbeitenden Gewerbe der neuen Bundesländer wurde im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt die gegenwärtige Geschäftslage sogar zunehmend positiv bewertet, während in Bezug auf die künftige Entwicklung wieder eine leichte Skepsis aufkam. Allerdings setzten auch hier die Unternehmen etwas mehr Hoffnung in das Exportgeschäft. Die Produktion dürfte expandieren. Wie auf Bundesebene erwarteten aber per saldo rund 17% einen Rückgang der Zahl der Mitarbeiter.

Im westdeutschen **Bauhauptgewerbe** hat sich die Geschäftslage erkennbar aufgehellt und erreichte einen Wert, wie er zuletzt vor vier Jahren zu beobachten war. Von der Aufwärtsentwicklung profitierten sowohl der Hochbau als auch der Tiefbau. Die Geräte waren im Durchschnitt mit 61% ebenso ausgelastet wie im Vormonat, aber um 2 Prozentpunkte höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Etwas zugenommen haben die Auftragsreserven, sie lagen mit 2,4 Produktionsmonaten auch über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Dies hat sich auch in einer verringerten Unzufriedenheit der Unternehmer mit ihrer Auftragslage niedergeschlagen. Der künftigen Geschäftsentwicklung sahen die Testfirmen erneut weniger skeptisch entgegen; dies gilt sowohl für den Hoch- als auch den Tiefbau. In den neuen Bundesländern wurde dagegen die aktuelle Situation ebenso negativ eingestuft wie im Vormonat. Einer leichten Besserung im Tiefbau stand eine Abwärtstendenz im Hochbau gegenüber. Trotz schleppender Bautätigkeit stieg der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten auf 70% an (Vorjahr: 68%). Dagegen verkürzten sich die Auftragsbestände (2,2 Produktionsmonate), sie waren aber größer als vor Jahresfrist. In den

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sowie Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

Geschäftserwartungen kam etwas erhöhte Skepsis zum Ausdruck. In beiden Berichtskreisen gingen die Unternehmer von einem Personalabbau in den nächsten Monaten aus, in den alten Bundesländern mit per saldo 32% nach wie vor mehr als in den neuen (22%). Den Meldungen nach zu schließen werden die Baupreise in beiden Teilen Deutschlands etwas steigen.

Die Geschäftslage des **Großhandels** in Westdeutschland tendierte wieder etwas nach unten. Zwar hat sich im Produktionsverbindungshandel an der negativen Beurteilung nichts Wesentliches verändert, im Konsumgüterbereich – mit Ausnahme des Nahrungs- und Genussmittelsektors – ergab sich jedoch eine erhebliche Verschlechterung. Auch die Perspektiven trübten sich im Konsumgüterbereich ein. Die überhöhten Lagerbestände konnten zwar erneut etwas abgebaut werden, die Unternehmen wollen sich aber bei ihren Bestellungen künftig wieder mehr einschränken. Im ostdeutschen Großhandel wurde nach der Aufwärtstendenz in den letzten drei Monaten die Geschäftslage wieder vermehrt als ungünstig bezeichnet, im Verbrauchsgüterbereich gewannen allerdings sogar die positiven Urteile an Gewicht. In den Geschäftserwartungen kam etwas erhöhte Skepsis zum Ausdruck, die Orderpläne zeigten aber trotz erhöhten Lagerdrucks nicht mehr so verbreitet nach unten. Während die westdeutschen Unternehmen eher mit einer Beschleunigung des Preisanstiegs rechneten, haben sich im Osten die Spielräume für Heraufsetzungen offenbar spürbar verengt. In beiden Berichtskreisen erwarteten die Testteilnehmer einen Rückgang der Beschäftigtenzahl, in den neuen Bundesländern mit per saldo 22% mehr als in den alten (13%).

Nach der kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung in den vorangegangenen vier Monaten wurde die gegenwärtige Geschäftslage des **Einzelhandels** in den alten Bundesländern wieder deutlich negativer bewertet. Die Besserung im Non-Food-Bereich konnte die Verschlechterung im Nahrungs- und Genussmittelsektor nicht kompensieren. Auch im Hinblick auf die Geschäftsaussichten äußerten sich die Unternehmen für die beiden Bereiche ähnlich unterschiedlich wie bei der Beurteilung der aktuellen Situation. Die Vorjahresumsätze wurden erneut verfehlt, die überhöhten Lager konnten aber zumindest teilweise abgebaut werden. Trotzdem zeigten die Orderpläne unverändert nach unten. Die Geschäftslage des ostdeutschen Einzelhandels verharrte auf dem unbefriedigenden Stand vom Vormonat. Bei erneuten Umsatzeinbußen ließ der Lagerdruck nur wenig nach. In den Erwartungen kam sogar verstärkter Pessimismus zum Ausdruck, dementsprechend wurden die Bestellplanungen noch weiter nach unten revidiert. Die Unternehmen in Westdeutschland sahen für die nächsten Monate allenfalls geringe Spielräume für Preissteigerungen, in den neuen Bundesländern rechnete man sogar mit sin-

kender Tendenz. Der Personalabbau dürfte allmählich zum Stillstand kommen, im Westen gingen nur noch 10% der Testteilnehmer von geringeren Beschäftigtenzahlen aus, im Osten sogar nur 5%.



Forum

SUMMER
2005

VOLUME 6, No. 2

4th MUNICH ECONOMIC SUMMIT 
9–10 June 2005

Jointly organised with BMW Foundation Herbert Quandt

Introduction

Christian Ude
Jürgen Chrobog
Hans-Werner Sinn

Keynote Addresses:
Edmund Stoiber
Wim Kok

EUROPE AND THE LISBON GOALS

Panel 1

Jean Pisani-Ferry
Otmar Issing
Edward G. Krubasik
János Kóka
Arend Oetker
Ernst Schwanhold

Dinner Speech:
Günther Beckstein

Keynote Address:
Vaira Vīķe Freiberga

SPEEDING UP EUROPEAN REFORM: A MASTER PLAN FOR THE LISBON PROCESS

Panel 2

Paul Seabright
Wolfgang Ziebart
Lars Pettersson
Eric LeBoucher
Rainer Frank Elsässer

EUROPEAN AND NATIONAL CHAMPIONS: BURDEN OR BLESSING?

Conclusion

Closing Remarks
Hans-Werner Sinn

Trends

STATISTICS UPDATE

The Munich Economic Summit gratefully acknowledges the support of:

BMW Foundation Herbert Quandt BMW Foundation Herbert Quandt

Center for Economic Studies and Ifo Institute for Economic Research

 Siemens AG

 HVB Group

 Swiss Re

 Landeshauptstadt München

 Walter-Bau-AG merged with DYWIDAG

 Knorr-Bremse AG

 European Investment Bank

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

